

Der Heimatsdienst

Mitteilungen der
Reichszentrale für Heimatsdienst
Nachdruck sämtlicher Beiträge
nur mit Quellenangabe gestattet

Aus dem Inhalt: Dr. J. Anders, Das Dillseeprogramm für die Landwirtschaft;
Dr. Eugen Sittler, Schwächen des Systems; Dr. Hans Müller, Das
Deutschland, das angeblich zu Ägypten lebt; Walter Berkowski, Die Eisenbahn
zwischen Wien, Seben und Wäna; Dr. Otto Stegemann, 66 Jahre Preuß.
Ministerium für Handel und Gewerbe; Ulberg, Mittenwaid und seine Weigenbauweise.

In Kommission:
Zentralverlag G. m. B. H., Berlin W 35
Halbjährlich 2,50 Mark / Jährlich 5,- Mark
Erscheint zweimal monatlich
Durch jedes Postamt zu beziehen



DLD

Verlagsanstalt Kittmanns

Das Hilfsprogramm für die Landwirtschaft.

Nach den Beschlüssen des Reichstags.

Von Dr. f. Anders.

Die Agrarkrise in Deutschland ist kein Problem, mit dem sich lediglich die unmittelbar betroffene Berufsschicht auseinandersetzen hätte. Bei der engen Verflechtung der Landwirtschaft mit allen Wirtschaftszweigen wird eine langwährende Notlage der Landwirtschaft notwendig auf alle Erwerbschichten ausstrahlen. Einmütigkeit besteht darüber, daß ihr geholfen werden muß. Nur über die Mittel und Wege, wie dies geschehen soll, geben die Ansichten auseinander. Kein Wunder, daß auch die Urteile über die praktischen Auswirkungen der letzten Reichstagsbeschlüsse alles eher als einheitlich sind. Suchen wir uns einmal unvoreingenommen ein Bild zu machen von den gefaßten Beschlüssen und ihrer voraussichtlichen Bedeutung für die Überwindung oder mindestens für die Milderung der Agrarkrise.

Eines der schwierigsten Probleme bei der Aufstellung eines landwirtschaftlichen Notprogramms war die Regulierung der Getreidepreise. Im Mittelpunkt des Kampfes stand hier lange Zeit das Getreidemonopol, das von verschiedenen Seiten als die beste Lösung angesehen wurde, um eine Stabilität der Getreidepreise auf die Dauer zu erzielen. Die Monopolidee scheiterte schließlich, weil sie in der vorgeschlagenen Form nicht zu verwirklichen war. Auch wäre es nicht möglich gewesen, auf dem Wege des Monopols der Landwirtschaft die sofortige Hilfe für die nächste Getreideernte zu bringen, die von allen Seiten als unbedingt notwendig bezeichnet wurde. Man mußte also die Lösung auf einem anderen Wege versuchen, nämlich auf dem Wege der Handels- und Zollpolitik. Wie ist nun diese Regelung gedacht?

Durch eine Verordnung der Reichsregierung vom 2. Juli 1929, die mit Zustimmung des zuständigen Reichsausschusses erlassen wurde und am 10. Juli d. J. in Kraft getreten ist, werden zunächst die Zwischenzölle für Getreide beseitigt. Dadurch werden die derzeitigen Zölle für Roggen von 5 auf 6 RM., für Weizen von 5 auf 6,50 RM., für Hafer von 5 auf 6 RM. je dz erhöht. Dies gilt jedoch nur für Vertragsländer. Für Länder, mit denen wir keinen Handelsvertrag haben, wie z. B. Kanada und Australien, erhöht sich der Zoll für Roggen und Hafer auf 7 RM., für Weizen auf 7,50 RM. Nebenbei sei bemerkt, daß die Futtermittelzölle im Interesse der kleineren und mittleren Landwirtschaft unverändert bleiben. Durch die Kündigung des Handelsvertrages mit Schweden vom 15. Februar 1930 ist gleichzeitig der Weg frei gemacht für das Inkrafttreten der autonomen Getreidezölle.

Wichtig ist ferner Aufhebung der Bindung des Mehlzölles in dem Handelsvertrage mit Frankreich. Der einschlägige Beschluß des Reichstages gibt der Reichsregierung die Ermächtigung zur vorläufigen Inkraftsetzung einer neuen Vereinbarung mit Frankreich (zunächst für ein halbes Jahr) und zu einer neuen autonomen Zwischenzollregelung für Mehl (unter Aufsichtberathung der bisherigen Relation zwischen Getreide- und Mehlzoll). Durch das am 27. Juni abgeschlossene Zusatzabkommen zum deutsch-französischen Handelsvertrag ist die bisherige Bindung des Mehlzölles auf 11,50 RM. je dz beseitigt. Durch eine Regierungsverordnung, die am 10. Juli in Kraft getreten ist, ist gleichzeitig der autonome Zoll für Mehl auf 14,50 RM. je dz festgesetzt worden.

Weiter ist beschlossen worden, den Verbrauchszwang mit der Möglichkeit des Verbrauchszwanges für Weizen einzuführen. Durch gesetzliche Regelung werden die deutschen Mühlen angehalten, mindestens 50 v. H. in der Zeit vom 1. August bis 30. November sogar 40 v. H. deutschen Weizen zu vermahlen. Für den Fall, daß dieser Zwang nicht ausreicht, um die Nachfrage nach deutschem Weizen entsprechend zu steigern und für die deutsche Landwirtschaft rentable Preise zu erzielen, ist der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ermächtigt, anzuordnen, daß die deutschen Mühlen bei der Herstellung von Weizenmehl zum mindesten 50 v. H.

deutschen Weizen verwenden. Diesen letzten Schritt aber hofft der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft vermeiden zu können, da ihm u. a. die Großmühlen im Rheinland zugesichert haben, daß sie in Zukunft jährlich 500 000 t deutschen Weizen mehr vermahlen wollen.

Schließlich hat der Reichstag zur Bewegung der Getreideernte für die Zeit bis zum 31. März 1930 einen Betrag von 3½ Millionen RM. zur Verfügung gestellt. Für den gleichen Zweck sollen im Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft für das Etatsjahr 1930/31 weitere 7,5 Millionen RM. bereitgestellt werden.

Es ist anzunehmen, daß die genannten Maßnahmen, die sofort in die Tat umgesetzt werden, dazu beitragen, für die Landwirtschaft eine günstigere Preisabfah sowie eine bessere allgemeine Lage auf dem Getreidemarkt, vor allem für Weizen, zu schaffen. Auf keinen Fall aber ist mit einer derartigen Preissteigerung zu rechnen, daß eine Verteuerung des Brotes befürchtet werden müßte.

Um die Bedeutung dieser Hilfsmaßnahmen für die gesamte Landwirtschaft beurteilen zu können, muß man davon ausgehen, daß die Getreidewirtschaft zwar einen bedeutenden und wichtigen Teil der deutschen Landwirtschaft darstellt, daß sie aber insgesamt nicht mehr als 25 v. H. des Gesamtwertes der Agrarproduktion ausmacht. Weit wichtiger, insbesondere für die bäuerliche Wirtschaft, ist die Rindvieh-, Milch- und Schweineerzeugung. Diese drei großen Produktionszweige erreichen nahezu drei Viertel des Gesamtwertes aller agrarischen Erzeugnisse. Das Notprogramm des Reiches mit dem daran anschließenden Produktionsumstellungs- und Absatzförderungsprogramm, das im ganzen auf fünf Jahre berechnet ist und eine Gesamtaufwendung von 100 Millionen Reichsmark bedeutet, steht hauptsächlich auf den genannten Gebieten organisatorische Maßnahmen zur Verbesserung der Produktion und zur Förderung des Absatzes in großem Umfang vor. Wir stehen bereits mitten in einer vollkommenen Umstellung der Milch- und Mollereiproduktion und damit auch in einer Reform der Viehwirtschaft überhaupt. Für die erfolgreiche Durchführung dieser Arbeiten ist ein vorübergehend verstärkter Zolldruck gegen die wachsende Konkurrenz des Auslandes erforderlich. Mit Rücksicht darauf hat der Reichstag beschlossen, den Butterzoll, der bisher autonom 50 RM. und für die Vertragsländer 27,50 RM. je dz betrug, vorübergehend auf 50 RM. je dz zu erhöhen mit der Maßgabe, daß dieser Zolldruck in den Handelsverträgen bis zum 31. Dezember 1935 überhaupt nicht, bis zum 31. Dezember 1935 nicht unter 40 RM. und von da ab nicht unter 50 RM. je dz ermäßigt werden darf. Der Zoll für Rahm soll zwei Drittel des Zolldruckes für Butter betragen. Der erhöhte Butterzoll ist als Erhebungszoll gedacht und soll der deutschen, überwiegend in Klein- und Mittelbetrieben gepflegten Milchwirtschaft die Umstellung zur Qualitätserzeugung ermöglichen. In den Dienst der Qualitätsverbesserung wird sich auch das neue Reichsmilchgesetz stellen, das demnächst dem Kabinett zugehen wird. Das Ziel aller dieser Maßnahmen ist, die inländische Milch- und Butterproduktion nach und nach so zu steigern, daß sie in der Lage ist, die Einfuhr an Milch- und Mollereiprodukten, für die jährlich im Durchschnitt rund 500 Millionen RM. ins Ausland wandern, allmählich zu ersetzen.

Die Gleichung der Lebendviehzölle an die Gleichzölle mußte bis zur Herbsttagung des Reichstages zurückgestellt werden, weil die Regierungsparteien sich darüber einig waren, daß eine sofortige Regelung mit Rücksicht auf die bestehenden handelspolitischen Bindungen nicht möglich sei. Es ist aber ein Auswahlantrag angenommen worden, mit Dänemark in Verhandlungen einzutreten, um die Einfuhr von dänischem Rindvieh, die in den letzten Jahren in erheblichem Maße auf die deutschen Vieh-

märkte gedrückt hat, in den Monaten August bis November einzufleischen. Eine ähnliche Regelung hat bereits vor dem Kriege bestanden.

Das bisherige zollfreie Kontingent von Gefrierfleisch in Höhe von 50 000 t soll auch ferner beibehalten werden, da die Reichsregierung auf dem Standpunkt steht, daß wir im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung vorläufig auf die Einfuhr von Gefrierfleisch nicht ganz verzichten können. Im übrigen hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft im Reichstage darauf hingewiesen, daß die Bedeutung des Gefrierfleisches im allgemeinen zu hoch eingeschätzt würde. Gemessen an dem Gesamtfrischfleischverbrauch der Bevölkerung in Deutschland, mache das zollfreie Gefrierfleisch nur annähernd 2 v. H. aus. Schließlich sei noch bemerkt, daß einer sofortigen Beseitigung des Gefrierfleischkontingents am 2. November 1923 entgegensteht, die mit Rücksicht auf die Einrichtungen, die der Gefrierfleischhandel getroffen hat, die erleichterte Einfuhr von Gefrierfleisch bis zum 31. Dezember 1933 befristet.

Von der deutschen Landwirtschaft ist vielfach Klage darüber geführt worden, daß das mit der Viehhaltung ohnehin verbundene Risiko durch die Seucheneinschleppung aus dem Auslande erheblich vergrößert wird. Um diesem Übel abzuhelfen, ist vor allem eine einheitliche Regelung der veterinärpolizeilichen Maßnahmen erforderlich. Mit Rücksicht darauf hat der Reichstag vor einigen Tagen das Gesetz zur Ergänzung des § 4 des Reichsviehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 beschlossen. Danach kann die Reichsregierung über die Errichtung von Seegrenzschlachthäusern, über den Betrieb in ihnen, über das von den Ländern bei der Einfuhr von Vieh in die Seegrenzschlachthäuser zu beobachtende Verfahren sowie über den Versand von Fleisch aus Seegrenzschlachthäusern Bestimmungen treffen. Sie kann zur Sicherstellung einer gleichmäßigen Handhabung der Bestimmungen einen Reichskommissar ernennen, der seine Anweisung dem Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft erteilt. Unangenehm wurde ferner ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verkehr mit Vieh und Fleisch. Danach werden die für den Verkehr mit Vieh und Fleisch noch geltenden Sonderbestimmungen über die Unterjagung des Handels bei Unzuverlässigkeit aufgehoben; in Geltung bleiben dagegen die allgemeinen Bestimmungen der Verordnung über Handelsbeschränkungen. Die Verpflichtung des Preisausschages wird aufgehoben. Dagegen muß das Gefrierfleisch auch in Zukunft als solches beschriftet werden.

Zum Schutze des deutschen Frühkartoffelbaues wird der höhere Zoll für Frühkartoffeln um einen Monat,

bis zum 31. August, verlängert. Außerdem wird der Herbstkartoffelzoll, der handelsvertraglich nicht gebunden ist, von 1 RM. auf 2 RM. erhöht. Durch diesen Zoll wird ein wirksamer Schutz des deutschen Kartoffelbaues, besonders in den östlichen Provinzen, gegen die andrängende Konkurrenz des Auslandes geschaffen sein. Für die südtischen Verbraucher werden sich hieraus Nachteile nicht ergeben, da die deutsche Landwirtschaft ohne Schwierigkeiten in der Lage ist, den heimischen Bedarf aus der eigenen Erzeugung zu angemessenen Preisen zu decken.

Die im Dezember v. J. geschaffene Neuregelung des Zuckersolles, die neben einem wirksamen Schutze der deutschen Zuckerproduktion eine ausreichende Sicherung der Verbraucher gegen eine Verteuerung des Inlandszuckers enthält, ist mit Rücksicht auf verschiedene Schwierigkeiten, die sich inzwischen ergeben haben, in geringem Umfange verändert worden. Die Novelle zum Zuckersollegesetz bestimmt, daß der Richtpreis von 21 RM. für den Zentner für die Monate Januar bis September einschließlich um 15 Pf. je Monat (zur Deckung von Verlusten) erhöht wird. Außerdem liegt eine Erklärung des Reichsfinanzministers vor, wonach der Futterzucker steuerfrei bleiben soll.

Die Durchführung der hier betrachteten Hilfsmaßnahmen des Reiches läßt, im ganzen gesehen, eine ins Gewicht fallende Besserung der Lage unserer Landwirtschaft und einen wesentlichen Fortschritt auf dem Wege zur Überwindung der Agrarkrise erhoffen. Voraussetzung bleibt jedoch, daß das vom Reichstag beschlossene Hilfsprogramm bei allen beteiligten Kreisen die Unterstützung findet, die zu seiner vollen Auswirkung notwendig ist. Namentlich wird die Landwirtschaft selbst mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln daran mitzuarbeiten haben, ihre Produktion zu kräftigen und den Absatzverhältnissen entsprechend umzugestalten. Das gilt vor allem auch für das wichtige Gebiet der Standardisierung landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Die große Agrardebatte im Reichstag während der letzten Wochen hat jedenfalls der deutschen Landwirtschaft aufs neue gezeigt, daß Reichsregierung und Reichstag nicht nur volles Verständnis haben für die Nöte und Sorgen des Landwirts, sondern auch den entschiedenen Willen, im Rahmen der gebotenen Möglichkeiten helfend einzugreifen. Daß der deutsche Bauer es beim Wiederaufbau seiner Wirtschaft an eigenen Anstrengungen nicht fehlen läßt, hat er in den letzten Jahren zur Genüge bewiesen. Man darf daher hoffen, daß unsere Landwirtschaft, wenn auch nicht alle ihre Erwartungen in bezug auf das Notprogramm des Reiches in Erfüllung gegangen sind, mit neuem Mut an Werk geht, um ihre Produktion zu verbessern und so das deutsche Volk von der Einfuhr ausländischer Nahrungsmittel nach und nach unabhängig zu machen.

Schwächen des alten Systems?

Veröffentlichungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über: Haager Friedenskonferenzen, soziale Heeresmissstände, Annerionsfragen des Weltkriegs.

Von Dr. Eugen Fischer.

Es wird wahrscheinlich einmal für ein Rahmenblatt der deutschen Nachkriegsperiode gelten, daß nach dem Zusammenbruch des Reichs die Volksvertretung eine Kommission zur unerbitlichen Nachprüfung der Ursachen des großen Unglücks eingesetzt hat. Diese Kommission ist der ihr gestellten Riefenaufgabe nicht erlegen, sondern hat über alle Hauptfragen Material gesammelt, Zeugen vernommen und, soweit es möglich war oder noch ist, Ergebnisse festgesetzt. Kein Mensch bildet sich dabei ein, Urteile zu finden, die späteren Geschlechtern als endgültig erscheinen werden. Aber es ist ein Anfang gemacht, zu dem wir, als Zeugen der Ereignisse, um der geistigen und sittlichen Tradition willen verpflichtet sind. Wir allein können von einer Vergangenheit, die bald niemand mehr kennen wird, zu einer Zukunft, von der wir nichts wissen, als daß wir sie vorbereiten, die Brücke schlagen. Gewiß, unser ganzes Schrifttum erfüllt diese Aufgabe. Aber

ohne Zweifel ist dem Untersuchungsausschuß ein Hauptteil davon zugefallen.

Nach einer Zurechtweisung, einem Schiffsanflug geht es um die Frage, ob ein zufälliges Versagen von Menschen und Material die Ursache war, oder ein Fehler in der Anlage, im System. Unglückliche Zufälle lassen sich nie ganz ausschalten, Fehler in der Anlage, Schwächen des Systems können abgestellt werden. Auf sie richtet sich deshalb bei jeder solchen Untersuchung das Hauptinteresse. Nicht anders ist es bei der Unterlegung des ungeheuren Unglücks unseres Staatsschiffs, von dem wir noch kaum so viel Abstand haben, um es auch nur ganz zu übersehen, das uns aber täglich leiden und schmerzen macht. War das Unglück die Folge des alten Systems?

Die Frage wurde gestellt zunächst für zwei der bekanntesten Ereignisse aus der entfernteren Vorzeit des Krieges. Als das Unglück des Krieges seinen Lauf nahm und schließlich

vorüber war, erinnerten sich alle Zeitgenossen, es prophzeit zu haben. Solche Nachprophetieungen sehen im allgemeinen nicht hoch im Wert. Aber wenn sich jemand früher auf den Markt gestellt, gewarnt, geraten, Hohn und Spott gemeriet und nachher Recht bekommen hat, so ist es kein Wunder, wenn sich solcher Menschen und ihrer Unternehmungen die Legende bemächtigt und das verlorene Heil in ihnen befragt. So gestalteten sich in der Dolfsphantasie die Haager Konferenzen von 1899 und 1907 zu Verleichen, der Welt den Frieden zu geben, die von Feinden und Verdächtern des guten Geistes geföhrt wurden. Als Hauptfeind erscheint dabei die kaiserliche deutsche Regierung. So hat es die französische, englische, amerikanische Presse während des Krieges der Welt eingehämmert und damit nicht nur außerhalb unserer Grenzen, sondern auch in Deutschland selbst Glauben gefunden. Das kaiserliche Deutschland sollte durch seinen Militarismus und seine Herrschucht schon 1899 und 1907 die Weichenstellung in die Welt der niedergelegten Waffen und des internationalen Rechtszustandes, nach der die andern strebten, verändert haben.

Diese Legende und die in ihr liegende einseitige Anklage des früheren deutschen Systems hat der Untersuchungsausschuh einmütig, unter Vorbehalt eines Sozialdemokraten, als unzutreffend verworfen. Er vermochte nach genauer Prüfung des Verhaltens sämtlicher Regierungen zu den Fragen der Rüstungsbeschränkung und der Schiedsgerichtsbarkeit keinen wesentlichen Unterschied zwischen Deutschland und seinen ihm damals schon gegenüberstehenden künftigen Widersachern zu finden.

„Der eigentliche und wesentliche Gegensatz im Zeitalter vor dem Weltkriege war nicht der eines kriegerischen Deutschlands gegen die andern friedliebenden Mächte, sondern der der Eifersucht aller Staaten als militärischer Machtfaktoren und ausdehnungsbegieriger Wirtschaftskräfte auf der einen, der Friedensbewegung als Sehnsucht der Völker und Nationen bestimmter Vereinigungen und Parteien auf der andern Seite. Nicht nur Deutschland, sondern nicht minder auch die andern Großmächte haben an dem Gedanken der nationalen Souveränität und an dem Recht, Lebensfragen mit den Waffen zu entscheiden, stets festgehalten. Keine von ihnen war gewillt, auf ihre bewaffnete Macht zu verzichten und sich unter eine allgemeine, mit Vollzugsgewalt ausgestattete Rechtsautorität zu stellen. Sofern die imperialistischen Mächte, die eine mehr, die andere weniger, Zugeständnisse an die Ideen der Abrüstung und des Schiedsgerichts machten, wurde doch das Prinzip des Krieges von ihnen niemals angefaßt.“

Dieser Satz trifft doch wohl ins Schwarze und kann dem berechtigten Krieff gegen die Verfallser Gesichtskonstruktion, als habe die Welt aus Engel und einem Teufel bestanden, zum Programm dienen. Allesamt waren die Regierungen und Staaten weder Engel noch Teufel, sondern in den Kampf um ihre wirklichen oder vermeintlichen Lebensinteressen verfrachtete Kollektivpersonen, die den Ausweg der Unterordnung unter eine gemeinsame Autorität weder damals fanden, noch bis heute gefunden haben. Für damals ist als erwiesen festzuhalten: Es ging nicht um „Abrüstung“, sondern um einen vorübergehenden Rüstungsstillstand, den vor allem die zu den Konferenzen einladende russische Regierung — 1907 soeben aus dem Krieg mit Japan zurückgekehrt — nötig hatte. Aber selbst für diesen Waffenstillstand der Bewaffnung ließen sich formeln, bei denen keine Nation in Nachteil geraten wäre, nicht finden. Die Schiedsgerichte ferner, die vorge schlagen wurden, sollten für „Ehren- und Intereffenfragen“, das heißt für alle Streitigkeiten, aus denen Krieg entstehen konnten, nicht gelten. Man kann mit Sicherheit sagen, daß die Weltpolitik durch die Annahme des obligatorischen Weltfriedesvertrags, wie er 1907 vorge schlagen und von Deutschland und andern Mächten abgelehnt wurde, nicht beeinflusst worden wäre. Wie Deutschland hier, so haben in andern Fragen England und Amerika

gegen Rechtsbestimmungen oder Schiedsverfahren, die in ihre Interessen eingriffen drohten, Widerstand geleistet. Einen Vorwurf allerdings glaubte der Ausschuh der früheren Regierung machen zu müssen. Sie hätte mehr Sorgfalt darauf verwenden sollen, den Schein zu vermeiden, als widerstrebe sie grundsätzlich den pazifistischen Idealen. Das führt auf ein modernes Problem: die Behandlung der öffentlichen Meinung. Auf diese haben sich monarchische Regierungen immer schlechter verstanden, weil sie sich weniger von ihr abhängig glaubten als parlamentarische: bis Revolutionen sie belehrten.

Soviel über die Haager Friedenskonferenzen. Wie steht es mit der andern Anklage gegen das alte System, daß ein sozialer Geist im Offizierkorps und ein mit diesem Geist zusammenhängender Anneziionswille den Zusammenbruch wesentlich mitverschuldet haben? Diese Fragen haben den Untersuchungsausschuh durch viele Jahre beschäftigt, und er hat sie in seinen Entschliefungen mehrfach berührt. So heißt es über die revolutionäre Entwidlung in der Marine:

„Ursache der mit der Dauer des Krieges wachsenden Mißbilligung war auch die Überzeugung der Mannschaften, daß berechtigter Anlaß zu Klagen über Verpflegung und Behandlung seitens der Vorgesetzten vorhanden sei und daß die Verschwendung der Lebenshaltung an Bord (Messe und Bad) sowohl wie an Land bei bestem Willen der Vorgesetzten hätte ausgeglichen werden können, und in der Entschliefung über die allgemeinen Ursachen und Hergänge des inneren Zusammenbruchs: „Das bestehende Regierungssystem und das Staatsbürgerbewußtsein weiter Kreise befanden sich schon vor dem Kriege in zunehmender Spannung. Der Kriegeausbruch hat die Unausgeglichenheiten in Volk und Staat vorübergehend zurücktreten lassen. Innerlich blieben sie bestehen. Unter dem Einbruch des Kriegsgewinnmirtums und der schweren Mißstände in der Lebensmittelförderung begann der Bedanke des Klaffensgegenfasses und der Wille zum Klassenkampf die Arbeitermassen aus neue zu ergreifen. Die Unzufriedenheit fand ihren stärksten Ausdruck in der Formel, daß der Krieg ohne Not für die Interessen der Bestehenden verlängert werde.“

Die jetzt veröffentlichten Bände enthalten Sachverhältnisausgaben, die dem Ausschuh zu spät eingereicht wurden, um noch Gegenstand seiner Verhandlungen sein zu können. Aber sie bieten hochinteressantes Material und wichtige Urteile. Während Professor Martin Hohobm auf dem Standpunkt steht, daß „Deutschlands Wehrsystem an seinen eigenen Organisationsfehlern zugrunde gegangen ist“ und er zu dem Schluß kommt: „Man glaube nicht an eine erstliche Fehler des Heeres. Man ersafte keineswegs, welche Gefahr darin lag, daß die jahrelang operativ überlasteten Mannschaften auch noch durch militärisch-reaktionäre Mißgriffe erbittert wurden. Um solcher Rücksichten willen im Heer einschneidende Änderungen vorzunehmen, wurde aus derselben unsocialen Offiziersmentalität heraus für unnötig, ja schließlich erachtet, welche an den Mißständen die Hauptrolle trug“, ist der Sachverständige Archivar Erich Volkmann der Ansicht: „Den von Hohobm angestrebten Beweis des Vorhandenseins der angeführten Mißstände halte ich für erbracht.“ Aber nicht das Wehrsystem ist daran schuld gewesen, sondern: „Die unerhörten Verhältnisse des Krieges schufen Zustände, denen gegenüber die Widerstandskraft des gesunden Heerkörpers immer mehr erlahmte.“ Die Übereinstimmung beider Sachverständigen über den Tatbestand selbst ist bemerkenswert.

Auch in dem Anneziionsverträgen weiter Kreise des Offizierkorps und Volkes sieht Hohobm eine wesentliche Mitursache des Zusammenbruchs und Verlustes des Krieges. Seine endgültigen Formulierungen liegen aber noch nicht vor und können erst später veröffentlicht werden. Vollmann kommt zu dem Schluß: „Die Annahme, daß die Anneziionspropaganda der Alldeutschen dazu beigetragen habe, eine ausreichende und rechtzeitige Verklindigung des deutschen Verklindigungswillens zu verhindern, kam in beschränkter Weise zutreffen. In außenpolitischer Hinsicht verliert diese Tatsache insofern an Bedeutung, als mit der Anklindigung des deutschen Verklindigungswillens allein ja noch nichts erreicht war. Damit fällt auch die weitere Schlußfolgerung, daß der Krieg wesentlich durch die deutsche Anneziionspropaganda verlängert worden sei.“ Innerpolitisch findet Volk-

mann, daß das Innekonsumprogramm die Spaltung und Zerküftung im deutschen Volk noch vertieft und insofern nicht unwesentlich zum Zusammenbruch beitragen kann. Auch hier weitgehende Übereinstimmung bei Verschiedenheit der Grundanschauung.

Die Auseinandersetzung über Geist und Wert des alten Systems wird noch lange anhalten. Der Unterjüngs-

ausfluß konnte nicht beanpruchen, sie zu beendigen. Er mußte sich damit begnügen, sie auf sachlicher Grundlage endlich zu belegen. Das ist geschehen. Diese Zeiten mögen dazu dienen, jedermann auf die Fundgrube wissenschaftlichen Materials und politischer Gesichtspunkte hinzuweisen, die in den neuen Bänden¹⁾ des Untersuchungsanschlusses erschlossen ist.

Das Deutschland, das angeblich zu üppig lebt.

Von Dr. Hans Müller.

Immer und immer wieder wird namentlich in der ausländischen Presse und von ausländischen Besuchern Deutschlands (und nicht nur von solchen, die gegen uns voreingenommen sind) darauf hingewiesen, wie gut es dem deutschen Volke gehe, wie es in Saas und Braus leben könne und wie sich sein Wohlstand gewissermaßen von Tag zu Tag verbessere. Zweifellos hat sich die Lebenshaltung der deutschen Bevölkerung seit der Stabilisierung ständig verbessert, wenn man sie mit dem Niveau der Inflation und dem kurz nach der Stabilisierung vergleicht; aber wir dürfen nicht außer acht lassen, daß der Lebensstandard von 1924 kein normaler war, sondern einen richtigen Hungerlohn darstellte. Die Lebenshaltung der meisten Massen des deutschen Volkes befand sich damals auf einem Tiefstand, der zum Teil nicht einmal das Gefährdungsminimum erreichte. Wenn man daher in den nächsten Jahren eine Besserung der Lebenshaltung feststellt, so bedeutet diese Feststellung noch lange nicht wachsenden Wohlstand und Wohlleben, sondern nur eine Besserung des bisher unerträglichen Niveaus der Lebenshaltung.

Der allem ist es der Genußmittelverbrauch, besonders der Konsum alkoholischer Getränke und von Tabak, der den kritischen Beobachtern immer als Vorwand für das

Wörter Verbrauch dieser Genußmittel hat sich zwar in den letzten Jahren gesteigert, aber, mit dem Vorkriegsland verglichen, sehen wir, wie auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet der Bierverbrauch heute erst 81 v. H. der Vorkriegszeit und der Branntweinverbrauch sogar nur 80 v. H. beträgt. Einzig und allein der Tabakverbrauch hat den Vorkriegsstand überschritten, doch hat, wie der Bericht des Kommissars für die verpändeten Einnahmen feststellt, „der gesteigerte Verbrauch von Tabak lediglich mit dem Anwaschen der Bevölkerung Schritt gehalten und ergibt keinen höheren Verbrauch pro Kopf.“ Im übrigen ist auch hier der Wechsel der Lebensgewohnheiten zu berücksichtigen, da am Tabakkonsum heute auch ein großer Teil der weiblichen Bevölkerung beteiligt ist, woraus sich notwendigerweise eine Steigerung des Konsums ersehen muß.

Im Zusammenhang damit ist es wichtig, auf einen Umstand hinzuweisen, der bisher viel zuwenig Beachtung gefunden hat: die Vermehrung der Bevölkerung und vor allem die Verjüngung im Altersaufbau der Bevölkerung in ihrer Bedeutung für den Konsum.

Trotz des Geburtenrückganges weist die deutsche Bevölkerung eine ständige Zunahme auf, und außerdem ist, wie das neben-

stehende Bild uns lehrt, im Altersaufbau der Bevölkerung eine bedeutende Verschiebung gegenüber der Vorkriegszeit eingetreten. Die Zahl der Kinder hat nach der letzten Volkszählung von 1925, verglichen mit der Zählung von 1910, um 5,6 Millionen abgenommen, während die Zahl der Erwachsenen heute um rd. 2 Millionen größer ist als 1910. Aus der Tatsache dieses Bevölkerungswachstums, insbesondere aber dieser erheblichen Zunahme der Erwachsenen, muß sich natürlich ein bedeutend höherer Konsum ergeben, kommen doch gerade für die Genußmittel wie Tabak, Bier und Branntwein als Verbraucher ja hauptsächlich die Erwachsenen in Betracht. Dementsprechend müssen sich, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, heute im Verhältnis zur Vorkriegszeit noch weit niedrigere Verbrauchsziffern ergeben, als wir vorhin für die Gesamtbevölkerung festgesetzt haben.

Kann man im Hinblick auf diese statistischen Ergebnisse von einem Zugspiegelleben oder gar von einem Wohlstand der breiten Masse der deutschen Bevölkerung sprechen? Man darf sich eben nicht täuschen lassen von der glänzenden Fassade, wie so viele ausländische Besucher Deutschlands es tun. Denn die Lagen dieser Leute sind meistens wie folgendermaßen auf Berlin gerichtet, und zwar nicht etwa auf die Lebensverhältnisse der breiten Masse der Bevölkerung, sondern

Verbrauch von Zucker, Tabak, Bier und Branntwein

im Vergleich zur Vorkriegszeit
auf Grund des Berichtes des Kommissars für die verpändeten Einnahmen
berechnet auf den Kopf der Bevölkerung
(heutiger Gebirgsstand)



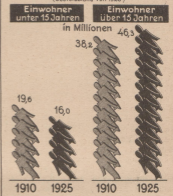
der erwähnten Genußmittel und des Zuckers in den letzten Jahren zugenommen hat, daß er aber, mit der Vorkriegszeit verglichen — und nur einen solchen Vergleich kann man als Maßstab eines normalen Verbrauchs ansehen —, zum Teil noch beträchtlich zurückgeht.

Das einzige Nahrungsmittel, das im Verhältnis zur Vorkriegszeit einen erhöhten Verbrauch aufweist, ist der Zucker. Dieser höhere Zuckerkonsum erklärt sich jedoch daraus, daß sich nach dem Kriege in den Ernährungsmethoden weiter Kreise der Bevölkerung ein Wandel vollzogen hat. Man bevorzugt heute im Haushalt viel mehr als in der Vorkriegszeit Marmelade, Obst und Süßspeisen, sowie Kakao und Schokolade, alles Nahrungsmittel, deren Zubereitung viel Zucker erfordert. Im übrigen ist der Zuckerverbrauch Deutschlands immer noch wesentlich geringer als der Durchschnitt in einigen anderen wichtigen Ländern, wie der Bericht des Reparationsagenten loyal feststellt. Aus dem höheren Zuckerverbrauch nach dem Kriege auf einen besonderen Wohlstand der Bevölkerung zu schließen, erscheint demnach wohl nicht angepö.

Wie sieht es nun mit dem Verbrauch der wichtigsten Genußmittel wie Tabak, Bier und Branntwein?

Verschiebungen im Altersaufbau der deutschen Bevölkerung

Auf Grund der Volkszählungen von 1910 und 1925
(Gebirgsstand von 1925)

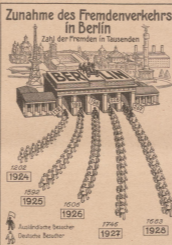


¹⁾ „Der Wert des Untersuchungsanschlusses“, erste Reihe: „Die Verhältnisse des Weltkrieges“, fünfter Band, erster und zweiter Halbband; Deutschland auf dem Wege der Zusammenführung.“ Zweite Reihe: „Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs“, erster Band, erster Halbband; „Gestalten des Sachverständigen Prof. Dr. Hermann Göttinger: Soziale Herkommenstypen als Ursache des Zusammenbruchs“, zweiter Halbband; „Gestalten des Sachverständigen Hermann Göttinger: Soziale Herkommenstypen“ usw. In derselben Reihe, dritter Band, erster Halbband; „Gestalten des Sachverständigen Professor Fritz Hofmann: Innenverhältnisse des Weltkrieges.“ Berlin 1926. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte.

auf das Leben und Treiben in den Verkehrszentren, wie etwa am Kurfürstendam in der Friedrichstadt, und stellen dann an gewissen Ausnahmestellen fest, daß das deutsche Volk so lippig lebt. Aber, mag man wohl fragen, sind die Großstädte und noch dazu Verkehrsmitelpunkte wie Berlin, das den Durchgangspunkt des mitteleuropäischen Reiseverkehrs bildet, geeignete Maßstäbe zur Beurteilung der Lebenshaltung des ganzen Volkes, und ist Berlin Deutschland oder der Kurfürstendam Berlin? Die mandem Beobachter vielleleicht auffallend hohe Zahl der Besucher der Vergnügungshätten und Lokale in den Zentren des Verkehrs der Reichshauptstadt legt sich nämlich zum geringsten Teil aus eigentlichen Berlinern zusammen, viel mehr aus Fremden, die zu Geschäften, Besuchs- oder Vergnügungszwecken in Berlin weilen. Wir brauchen ja nur einmal die fremdenverkehrs-ziffern von Berlin zur Hand zu nehmen, um festzustellen, in welchem Maße der Fremdenverkehr in den letzten fünf Jahren zugenommen hat. Im Monatsdurchschnitt waren 1928 rund 140 250 Fremde in Berlin, darunter etwa 21 400 Ausländer! Dieser gewaltige Fremdenstrom fließt sich natürlich in den Angelpunkten des Verkehrs, und es ist verständlich, daß sich aus diesem noch ständig steigenden Fremdenverkehr und seiner Konzentrierung auf bestimmte Verkehrsgegenstände auch ein Bedürfnis nach Vermerkung der Gaststätten ergibt. Indes braucht diese Entwicklung durchaus noch nicht ungesund zu sein. Die Bedürfnisfrage der Lokale läßt sich nicht schematisch regeln, sondern wird immer abhängig sein von verschiedenen Faktoren, wie Zusammenfügung der Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Familienstand, von der Lage des Ortes und insbesondere von den fremdenverkehrsverhältnissen. Aberdes haben ja die Betriebsabläufe gezeigt, daß gerade das Gastwirtschaftsgewerbe, wie das Statistische Reichsamt feststellt, „sine in der Vorkriegszeit kräftige Aufwärtsentwicklung nicht mehr fortsetzt, sondern sogar teilweise nicht unbedeutliche Rückschritte erlitten hat, deren Ursache in der ersten Linie in den verschlechterten wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen sein dürften“. Der daher also vorzeitig in bestimmten Verkehrsgegenständen, wie z. B. am Kurfürstendam in Berlin, eine dauernde

Zunahme der Gaststätten festzustellen glaubt, der darf andererseits nicht übersehen, daß in anderen Gegenden der Stadt genauso viele Lokale eingehen oder halb leer bleiben, so daß für den Zeitgenossen noch eine Enttäuschungsmöglichkeit besteht. Eine erst kürzlich durchgeführte Umfrage des Caféleiters in den Kaffeehäusern des ganzen Reiches ergab die beachtliche Tatsache, daß im letzten Jahr der Umsatz in den Kaffeehäusern um ein Drittel zurückgegangen ist, und daß etwa 20 v. H. der ehemaligen Besucher den Cafés jetzt fern bleiben, während ein großer Teil der übrigen Gäste seine Ausgaben aus äußerer Einsparung. — Diese Feststellung ist charakteristisch. Wer eine Feststellung über den wirtschaftlichen Lebensstand des deutschen Volkes machen will, der darf also nicht die Lokale auf dem Kurfürstendam oder in der Friedrichstadt aufsuchen, sondern der tue etwa einmal einen Blick in die zahlreichen Mittelstädte und Volkshäuser und beobachte, wer alles dort ein- und ausgeht, und der sehe sich einmal im Lande selbst um, dann wird er gewahr werden, daß das deutsche Volk in seinen breiten Schichten heute vielfach noch von der Hand in den Mund lebt, daß es gezwungen ist, einen großen Teil seines Lebensbedarfs, wie Kleidung und Ernährungsgenossenschaften, auf Abzahlung zu kaufen, daß in den meisten Familien an die früher übliche Ausstattung der betrauten Töchter gar nicht zu denken ist, daß es diesen Töchtern nicht mehr wie früher möglich ist, im Hause zu bleiben, sondern daß sie alle ins Berufsleben treten müssen, um für sich und häufig auch noch für die Familie das Brot zu verdienen, der beachte ferner, daß viele Familien gar nicht in der Lage sind, monatlich auch nur ein paar Mark zur Befriedigung von Kulturbedürfnissen, etwa für ein Buch oder für ein Theater, oder für einen Mann und Frau gemeinsam beruflich tätig sind, nur ein einigermaßen leben und vielleicht noch etwas Ersparnisse für größere Anschaffungen oder für Krankheitsfälle oder gar für den Fall der Erwerbslosigkeit zurücklegen zu können.

So steht der wahre Querschnitt von den Lebensverhältnissen eines vom Reparationsjoch niedergebaltenden Volkes aus! Das ist das Deutschland, das angeblich so lippig lebt!



Ergebnisse der jüngsten Betriebsabläufe gezeigt, daß gerade das Gastwirtschaftsgewerbe, wie das Statistische Reichsamt feststellt, „sine in der Vorkriegszeit kräftige Aufwärtsentwicklung nicht mehr fortsetzt, sondern sogar teilweise nicht unbedeutliche Rückschritte erlitten hat, deren Ursache in der ersten Linie in den verschlechterten wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen sein dürften“. Der daher also vorzeitig in bestimmten Verkehrsgegenständen, wie z. B. am Kurfürstendam in Berlin, eine dauernde

Konzertbilliet auszugeben, der sehe weiter, in wie vielen jungen Ehen Mann und Frau gemeinsam beruflich tätig sind, nur ein einigermaßen leben und vielleicht noch etwas Ersparnisse für größere Anschaffungen oder für Krankheitsfälle oder gar für den Fall der Erwerbslosigkeit zurücklegen zu können.

Die Eisenbahn zwischen Bäumen, Feldern und Blumen.

Von Walter Berkowski, Gartenbauinspektor bei der Reichsbahn.

Ein anmutiger Wettstreit.

In den letzten Jahren hat die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft unter ihren Bediensteten Wettbewerbe angeordnet mit dem Ziel, den Sinn für gärtnerischen Schmuck an den Bahnanlagen zu wecken. Sie ging davon aus, daß viele Eisenbahner durch ihre Pflanzungen auf Bahngelände, durch Blumensträuße an Strecken, Dienstwohnungen und -gehäuden bewußt oder unbewußt auch eine Kulturaufgabe erfüllen, das Landschaftsbild verschönern und das Auge des Reisenden erfreuen. Der Wettbewerb sollte zur Nachahmung des guten Beispiels anregen. Er erstreckte sich auf: a) Blumensträuße an den Fenstern und Veranden der Dienstwohnungen, Diensträume, Stellwerke und sonstigen Gebäude an den Bahnhöfen; b) Pflanzungen zwischen wachsender Wandflächen, Mauern, Zaunstreifen, Aborte, Müllgruben u. a. durch selbststimmenden Wein oder andere Gebüße; c) Verschönerung der Gartenanlagen an den Bahnhöfen; d) Pflanzungen an Bahndämmen zur Hebung des Landschaftsbildes und zur Verbesserung der Blumenweide und des Vogelzuges; e) Urbarmachung und Inangabe von Obland, für die besten Leistungen waren ausgesetzt: 1000 Preise von je 10 RM., 500 Preise von je 20 RM., 200 Preise von je 25 RM.

Die Anregung ist freudig aufgenommen worden, ein Beweis, daß die Unangabe der Zeitergebnisse nicht vermodet hat, den Sinn

für das Schöne zu erstickt. Es ist auch besonders dankbar empfunden worden, daß die Reichsbahnverwaltung in dieser schönen Form einen Weg gefunden hat, um dem Personal näherzutreten in Dingen, die außerhalb des engeren Rahmens des Bahndienstes liegen und mehr die persönlichen Werte der Bediensteten berühren.

Bahnhöfe als Pforten des Vaterlandes.

Die Reichsbahnverwaltung selbst wendet ständig sehr bedeutende Mittel auf, um ihren Anlagen ein möglichst vorzügliches Aussehen zu verschaffen. Die Bahnhofsanlagen, Bahndämmen, inwieweit der Städte weichen durch Gebüße und Blumen verschönt, um das Auge der Reisenden zu erfreuen. Nicht mit Unrecht nennt man die Bahnhofsplätze Differenzarten der Städte, und eine große Auslandszeitung bezeichnete kürzlich die Bahnhöfe als Pforten des Vaterlandes; deshalb dürfen sie nicht vernachlässigt werden. Wie freundlich grüßen einige Blumen am Stellwerk den Reisenden, wenn er sich im Schienenwirrwarr zwischen grauen Mauern der Großstadt nähert, und selbst einige Blumen im ersten Dienstzimmer schmücken



Malerposten bei Bielefeld



Die Rotonde am Eisenbahnausbesserungswerk Bielefeld v. Garmrodt



Wärterposten bei Lehrte



Der Stellwerkmeister als Blumenfreund (Bremen)



Schmuckanlage vor dem neubauten Bahnhof Hameln



Weißhornheide im Wilmsheede



Stellwerk Arnaberg

und verraten dem Reisenden, daß man hier bei allem Hang zur Pflichterfüllung die Verbindung mit dem blühenden Leben nicht verloren hat. Leider sind bei der bedrängten Lage der Reichsbahn Mittel für die Unterhaltung der Schmuckanlagen an den Bahnhöfen sehr knapp bemessen.

Bahnhofs-wirtschaften und Blumen-schmuck.

Pflanzen und Blumen können in hohem Maße dazu beitragen, einen Raum anheimelnd und feilich zu gestalten und diese Stimmung auf den Gäst zu übertragen, so daß er das Gefühl hat: „Hier schätzt man dich, hier legt man Wert auf dein Wohlbefinden.“

Die Bahnhöfe der kleinen Städte sind das beliebte Ziel der Spaziergänge ihrer Bewohner, sind ihnen die Vermittlung der Gestalt, die Verbindung mit der weiten Welt. Hier gibt es immer etwas Neues zu sehen; Menschen, die kommen und gehen, Ankunft und Trennung, Freude und Schmerz. Immer wieder schaut man gerne die vorbeiziehenden Schnellzüge, die das Gefühl der Sehnsucht erwecken und unsere Gedanken entführen.

Auf der Fahrt durch das deutsche Land.

Auf freier Strecke erfreuen sich die Bahnwärterhäuschen, halb verdeckt von Bäumen und Blumen, der besondern Sympathie der Reisenden. Hier finden wir wie zu Großvaters Zeiten all die reizenden Bauernblumen: Georginen, Ringelblumen, Bartnelken, Jungfer im Grünen, Fuchsichwan, Sonnenblumen, Marienblätler und Santitas. Rosenarten, die man in unseren neuzeitlichen Gärten gar nicht zu Gesicht bekommt, blühen hier und erfreuen uns wie alte liebe Bekannte. Blau-blauer Mohn schimmert neben roten Johannisbeertrauben, und Kürbisranken mit großen gelben Blumen wachsen durch den Gartensaum. Allerlei nützliches Viehzeug ist hier anzutreffen und trägt wesentlich zur Belebung bei.

Weißdorn, Goldregen, Flieder, blaue Lupinen und weiße Margueriten ziehen zur Blütezeit lange Farbensreifen durch die Landschaft und erheben die einförmige Fahrt.

Schnell geht der Sommer hin, der Wind bläst über die Stoppeln, rot schimmert die Heide. Da ist eine Fahrt durchs Heidefeld ein hoher Genuß. Heidekraut, Wacholder, Kiefern und Birken, so weit das Auge reicht. Wienenzäune sind neu entstanden, denn die Heide honigt, und mit Sonberzügen sind die Wienenzäune von weit und breit an diese reichgedeckte Tafel gekommen. Nur wenige Wochen dauert er die Pracht. Dann ist die Heide braun und spärlich der Blumenflor am Bahndamm. Noch einmal zeigt die Natur ein farbenprächtiges Bild. Rot und gelb hat die Herbstsonne das Land gefärbt. Schneebereen, Hagebutten und schwarze Ligusterbeeren gefallen sich dazu, und wenn in der Dämmerung die Kartoffel-feuer glühen und die weißen Rauchschmuden über das Land ziehen, geht auch durch unsern Sinn ein herbstliches Trauern.

Verdödet ist die Natur im November. Erst ein tüchtiger Schneefall bringt wieder lebensfrohe Stimmung. Gibt es gar Raucherfahnen und hellen



Bahnhofs-wirtschaft Octöfelde



Margueriten am Bahndamm



Heißling im Landgarten (Hannover)



Eisenbahner auf ihrem Sommerweidenland in der blühenden Heide



Vor Berlin, zwischen Meißelförren und Riesenwald

Sonnenheit, so läßt man sich den Winter wohl gefallen. Prädigtig sind dann die Baumreihen neben den Bahnhöfen und die Kiefern an freier Straße. Gehen wir abends heimwärts, so malt uns der Winter Eisblumen an die Scheiben und schläft uns die Aussicht zu. Wir aber in molliger Wärme trotz den Stürmen.

Die Kleinwirtschaftliche Erzeugung durch die Bediensteten der Reichsbahn.

In der breiten Öffentlichkeit ist es kaum bekannt, daß die Reichsbahn neben den technischen Anlagen noch über einen sehr großen Grundbesitz verfügt, der landwirtschaftlichen Kulturen dient. Dieser Grundbesitz ist entweder vorsorglich für weitere Zwecke oder zur Erweiterung von Bahnhöfen erworben, oder er hat in Gestalt von Eigentümern bei dem Grunderwerb mit übernommen werden müssen, dazu kommen noch die Böschungen und Ausfachungen zur Bobengewinnung für den Bahnkörper in Betracht. Je nach Beschaffenheit und Lage werden diese Ländereien durch Gras, Getreide oder Kartoffeln ausgesät. Mehrere hunderttausend Obstbäume sind an den Strecken verteilt, die bei Beachtung ihrer Anforderungen gute Ergebnisse bringen. Geringer Boden wird aufgesorbet unter Berücksichtigung konvergierender Gehölze zur Förderung der Bienenzucht.

Der Umstand, daß ein großer Teil des Personals in der Nähe der Dienststelle wohnen muß, um jederzeit für den Betrieb fähig zu sein, hat die Verwaltung veranlaßt, Dienstwohnungen zu bauen, denen der isolierten Lage wegen vielfach Stall und Garten zugefügt sind.



Spalierobst an dem Bahnhof Ißelhorst 1. Westfalen

Sehr sorgsam haben auf dem Gebiete dieses Kleinanbaues und der Viehhaltung die von der Reichsbahnverwaltung unterhaltenen Baugenossenschaften gewirkt, soweit sie bei großen Rangierbahnhöfen und Werkstätten Gartenstücke errichtet haben. In Laubengängen auf Eisenbahngelände wird den Bediensteten ein Plätzchen im Grünen geboten, die einen Garten am Hause unterbreiten müssen, wie es meist in der Großstadt der Fall ist.



Bahnhof Ohligsa

Welchen Umfang diese vorstehend genannten Gesamtanlagen haben, kann man daraus ersehen, daß allein in Preußen 50 000 Hektar Ländereien an Eisenbahnbodenstete verpachtet sind. Von den 700 000 Bediensteten der Reichsbahn beschäftigt hat ein großer Teil in der Freizeit mit Gartenbau, Viehzucht und Imkereien. Dieses ist nicht nur im Hinblick auf die Volksernährung zu begrüßen, sondern es ist noch ein weiterer großer Vorteil, damit verbunden. Wohl kaum ein Unternehmen ist so wie die Eisenbahn auf gesundes, zuverlässiges und zufriedenes Personal angewiesen. Nach schwerem Dienst kann sich der Mensch nirgends besser erholen als in seinem Garten. Hier unter Obstbäumen neben Pflanzen und Blumen, Haustieren und summenden Bienen finden seine Nerven Ruhe, durchströmt ihn neue Lebenskraft.

Deshalb hat auch die Reichsbahnverwaltung, abgesehen von der Ausnutzung der Ländereien, ein Interesse an der Förderung dieses Kleinwirtschaftswesens. Sie unterstützt die Betreibungen der Bediensteten, die sich in Kleinwirtschaftvereinen, die wiederum den Eisenbahnvereinen angegliedert sind, zusammengeschlossen haben.

50 Jahre Preussisches Ministerium für Handel und Gewerbe.

Von Dr. Otto Stegemann, Referent im Ministerium für Handel und Gewerbe.

Das Preussische Handelsministerium verdankt seine Entstehung im Jahre 1879 einmal organisatorischen Gründen, weil das frühere Ministerium für Handel und öffentliche Arbeiten mit der Eisenbahn-, Bau-, Handels- und Bergwerksverwaltung zu uneinheitlich geworden war, und sodann der Ansicht Bismarcks, bei der Umstellung der deutschen Handelspolitik auf den Schutz Zoll eine eigene preussische Behörde für die Vorarbeiten besonders zur Verfügung zu haben. Aus der einen, nicht also großen Ministerialabteilung, die damals zur Miete in einem Gebäude des Reiches in der Dönhofsraue unterkam, ist seitdem eine der umfangreichsten preussischen Zentralbehörden geworden, die zugleich Wirtschafts- und Arbeitsministerium für das größte deutsche Land darstellt und längst einen großen eigenen Gebäudekomplex an der Ecke von Leipziger Platz und Leipziger Straße innehat.

Der erste Minister, Karl Hofmann, der unter Bismarck am 15. Juli 1879 sein Amt antrat, wurde bereits 1880 als Staatssekretär nach Elsaß-Lothringen versetzt, weil er in sozialpolitischen Dingen andere Auffassungen als Bismarck vertrat, als Gegner des auf Kampf abgestellten Sozialengesetzes mehrere soziale Geseftenswürfe für Arbeiterchutz und Fabrikgesetzgebung vorlegte. Daraufhin übernahm Bismarck selbst neben jenen anderen Ämtern das junge Ministerium und behielt es fast zehn Jahre lang bei. Ein großer Teil der sozialpolitischen Reichsgesetzgebung der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts ist von Beamten des (Preussischen) Handelsministeriums ausgearbeitet worden, so insbesondere die Gesetze über die Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung. Die Seele dieser Arbeit war der damalige Vortragende Rat und spätere Unterstaatssekretär Lehmann, der schon damals die wichtigsten Vorarbeiten zum Ausbau des gewerblichen Arbeiterschutzes leistete. Die erste Vergrößerung erfuhr das Ministerium durch die noch unter Bismarck erfolgte Rückübertragung des gewerblichen Unterrichtswesens, das in näheren Zusammenhang mit der Bearbeitung der wirtschaftlichen Fragen gebracht werden sollte; auch die Preussische Porzellanmanufaktur wurde damals dem Handelsministerium unterstellt.

Bismarck gab sein Amt als preussischer Handelsminister wenige Monate vor seinen übrigen Ämtern auf, weil er den von dem jungen Kaiser Wilhelm II. eingeleiteten neuen Kurs in der Sozialpolitik nicht mit seinem Namen deden wollte. Sein Nachfolger wurde Freiherr von Verlepsch, dessen Amtsführung durch die bekannten Februar-Erlasse von 1890 gekennzeichnet wird. 1891 wurde eine Arbeiterschutznovelle als Abänderung der Gewerbeordnung Gesetz, die unter anderem die Sonntagsruhe, einen Höchstarbeitszeit für Frauen und Arbeitsordnungen für größere Betriebe einführt. Die Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtsanstaltungen und die Kommission für Arbeiterstatistik wurden eingerichtet. Die Gewerbeaufsicht wurde auf alle gewerblichen Anlagen ausgedehnt und ihr die Überwachung der Durchführung der neuen Gesetze übertragen. Namentlich diese ausführende Arbeit des Preussischen Handelsministeriums stieß in der Großindustrie auf Widerstand, allmählich änderte sich auch die Stellung des Kaisers zur Sozialpolitik. Verlepsch konnte keine weiteren sozialpolitischen Vorlagen im Staatsministerium durchsetzen, der Ministerpräsident Fürst Hohenlohe ließ ihn fallen, im Juni 1896 trat er zurück und widmete sich sozialwissenschaftlichen Arbeiten. Er gab die „Soziale Praxis“ heraus und wurde Vorsitzender der „Gesellschaft für soziale Reform“ und Mitbegründer der „Internationalen Vereinigung für gesellschaftlichen Arbeiterschutz“.

Die Amtszeit des nächsten Handelsministers Breefeld wird mehr durch inneren Verwaltungsausschuss als durch äußeres Hervortreten des Ministeriums, das unter Verlepsch im Vordergrund aller sozialpolitischen Arbeit in Deutschland gestanden hatte, gekennzeichnet. In dieser Zeit wurde das Innungswesen neu geregelt, die Handwerkskammern wurden errichtet, das gewerbliche und kaufmännische Fortbildungswesen wurde erfolgreich entwickelt, während man von der Vorkriegszeit her 1896 wohl heute sagen darf, daß sie einen Rückschritt darstellte. Dagegen wurde das Handelskammerwesen unter eine neue Ordnung gestellt, die im wesentlichen noch heute gilt. Zu erwähnen ist noch, daß im Jahre 1899 die offpreussischen Bernsteinswerte unter staatliche Regie

E. Wilsons Wellfriedensprogramm

8. Januar 1918.

Präsident Wilson verkündet in einer Botschaft an den Kongreß ein aus 14 Punkten bestehendes Programm des Wellfriedens: 1. Offene und öffentlich zustandegekommene Friedensverträge, nach deren Zustandekommen es keine geheimen internationalen Abmachungen irgendwelcher Art mehr geben sollte; vielmehr sollte die Diplomatie immer offen und vor aller Welt getrieben werden.



Wilson

2. Vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf den Meeren außerhalb der territorialen Gewässer sowohl im Frieden wie im Krieg, soweit nicht etwa die Meere durch eine internationale Aktion zwecks Durchsetzung internationaler Verträge ganz oder teilweise geschlossen werden sollten.

3. Die Beseitigung, soweit sie möglich ist, aller wirtschaftlichen Schranken und die Errichtung einer Gleichheit der Handelsbedingungen unter allen Nationen, die sich dem Frieden anschließen und sich zu seiner Aufrechterhaltung zusammenschließen.

4. Es sollen geeignete Garantien gegeben und genommen werden, daß die nationalen Rüstungen auf das niedrigste Maß herabgesetzt werden.

5. Eine freie, offeneherzige und unbedingte unparteiische Regelung aller kolonialen Ansprüche, beruhend auf der strengen Beobachtung des Grundsatzes, daß bei der Entscheidung solcher Souveränitätsfragen die Interessen der betroffenen Bevölkerung ein ebensolches Gewicht haben sollen wie die berechtigten Ansprüche der Regierung, deren Rechtsittel bestimmt werden sollen.

6. Räumung aller russischen Gebiete und eine Regelung aller Rußland betreffenden Fragen, die Rußland die beste und freieste Mitwirkung aller anderen Nationen der Welt zum Zweck der Erlangung einer unbehinderten und uneingeschränkten Möglichkeit der unabhängigen Bestimmung der eigenen politischen Geschicke und der nationalen Politik liefert und Rußland eine herzliche Aufnahme in die Gesellschaft der freien Nationen verbürgt, desgleichen jede Hilfe, die Rußland nötig haben und wünschen sollte.

7. Belgien muß geräumt und wiederhergestellt werden, und zwar ohne jeden Versuch der Beschränkung seiner Souveränität, deren es sich in gleicher Weise wie alle anderen freien Nationen erfreuen soll.

8. Alles französische Gebiet müßte befreit werden, und das besetzte Gebiet und das im Jahre 1871 Frankreich in Sachen Elsaß-Lothringens von Preußen zugefügte Unrecht! — das nahezu fünfzig Jahre lang den Wellfrieden in Frage gestellt hat — müßte in Ordnung gebracht werden, damit im Interesse aller noch einmal Friede gemacht werden kann.

9. Eine Berichtigung der italienischen Grenzen sollte bewirkt werden nach den klar erkennbaren Linien der Nationalität.

10. Den Völkern Österreich-Ungarns, dessen Platz unter den Nationen wir gewahr

und gesichert zu sehen wünschen, müßte die erste Gelegenheit einer autonomen Entwicklung gegeben werden.

11. Rumänien, Serbien und Montenegro müßten geräumt, die besetzten Gebiete wiederhergestellt werden. Serbien müßte einen freien und sicheren Zugang zum Meere erhalten, und die gegenseitigen Beziehungen der Balkanvölker müßten durch freundschaftliche Beratung gemäß den geschichtlich gewordenen Grundlinien von Zusammengehörigkeit und Nationalität bestimmt werden; außerdem müßten internationale Garantien für die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und die territoriale Integrität der einzelnen Balkanstaaten geschaffen werden.

12. Den türkischen Teilen des gegenwärtigen Osmanischen Reiches müßte eine sichere Souveränität verbürgt werden. Aber die anderen Nationalitäten, die jetzt unter türkischer Herrschaft stehen, müßten eine unzweifelhafte Sicherheit des Lebens und eine vollkommen uneingeschränkte Möglichkeit der autonomen Entwicklung erhalten; die Dardanellen müßten unter internationalen Garantien dauernd als freie Durchfahrt für die Schiffe und den Handel aller Nationen geöffnet werden.

13. Ein unabhängiger polnischer Staat müßte errichtet werden, der die von einer unbesreitbaren polnischen Bevölkerung bewohnten Gebiete einschließen, einen freien und gesicherten Zugang zum Meere erhalten und dessen politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und territoriale Integrität durch internationalen Vertrag garantiert werden sollte.

14. Es muß eine allgemeine Vereinigung der Nationen unter bestimmten Vertragsbedingungen gebildet werden, zum Zweck gegenseitiger Garantie politischer und territorialer Unabhängigkeit auch für kleine Staaten."

Anschließend erklärte Wilson ausdrücklich, daß er nicht auf die Schwächung Deutschlands ausgehe und das Reich nicht zu einer Veränderung seiner Einrichtungen veranlassen wolle, sondern daß er nur Deutschlands Vorherrschaft bekämpfe, und daß das aufgestellte Programm den Grundsatz der Gerechtigkeit für alle Völker und Nationen, seien sie groß oder klein, stark oder schwach, beachtet wissen wolle.

24. Januar 1918.

Vor dem Hauptausschuß des Deutschen Reichstags berichtet Reichskanzler Graf Hertling die 14 Punkte Wilsons vom 8. Januar 1918.

Mit den Punkten 1—4 erklärt er sich grundsätzlich einverstanden. Punkt 5

werde bei der praktischen Durchführung einigen Schwierigkeiten begegnen; zunächst könne es jedenfalls dem großen Kolonialreich England überlassen bleiben, wie es sich mit dem Vorschlage seines Verbündeten abfinden wolle. Zu Punkt 6 stellt er fest, daß die Ententestaaten es abgelehnt hätten, sich den Verhandlungen zwischen den Verbundmächten und Rußland anzuschließen, und daß er daher eine nachträgliche Einmischung ablehnen müsse; er halte an der Hoffnung fest, daß es unter Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der westlichen Randvölker des ehemaligen russischen Reiches gelingen werde, zu einem guten Verhältnis sowohl mit den neuen Randstaaten als auch mit dem übrigen Rußland zu gelangen. Zu Punkt 7 sei von seinen Amtsvorgängern wiederholt erklärt worden, daß zu keiner Zeit die gewaltsame Angliederung Belgiens einen Programmpunkt der deutschen Politik gebildet habe. Die belgische Frage gehöre zu dem Komplex



Hertling

¹⁾ Bei der Beurteilung dieses angeblichen Unrechts darf man u. a. nicht vergessen, daß Frankreich 1870 den Krieg um folgender Ziele willen vom Zaun brach: — Verhinderung der Einigung Deutschlands durch die Mittelstaaten auf Kosten Preußens, Annexion des linken Rheintales (in mindestens aber des Saar-Kohlenbeckens), Beseitigung des Großherzogtums Baden. Den Russen bot Frankreich damals Dänzig, den Dänen Schleswig an. Vgl. E. Gucken, „Die Rheinpolitik Napoleons III. 1865—1870“, Bd. 3, S. 826, und Kurt Reisdorf, „England und der deutsch-französische Krieg 1870—1871“ S. 194.

der Fragen, deren Einzelheiten durch die Friedensverhandlungen zu ordnen sein würden. Solange die Gegner sich nicht rückhaltlos auf den Boden stellen, daß die Integrität des Gebietes der Mittelmächte die einzig mögliche Grundlage von Friedensverhandlungen bilden könne, müsse er an dem bisher stets eingenommenen Standpunkt festhalten und eine Vorwegnahme der belgischen Angelegenheit aus der Gesamtdiskussion ablehnen. Punkt 8. Die besetzten Teile Frankreichs seien ein wertvolles Tauschpfand in deutscher Hand. Auch hier bilde die gewaltsame Angliederung keinen Teil der deutschen Politik. Von einer Abtretung von Reichsgebiet könne nie und nimmer die Rede sein. Die Beantwortung der in den Punkten 9 bis 12 berührten Fragen möchte er den österreichisch-ungarischen und türkischen Staatsmännern überlassen. Zu Punkt 13 stellt der Reichskanzler fest, daß nicht die Entente, sondern Deutschland und Österreich-Ungarn die Polen von dem ihre nationale Eigenart unterdrückenden zaristischen Regiment befreit hätten; daher möge man es denn auch Deutschland, Österreich-Ungarn und Polen überlassen, sich über die künftige Gestaltung Polens zu einigen. Zu Punkt 14 erklärt er, daß er jedem Gedanken sympathisch gegenüberstehe, der für die Zukunft die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit von Kriegen ausschle.

Der Reichskanzler erkennt an, daß Wilsons und auch Lloyd Georges Ausführungen Grundsätze für einen allgemeinen Weltfrieden enthielten; aber in den konkreten Punkten sei der Friedenswille weniger bemerkbar. Die Alliierten erklären zwar, sie wollten Deutschland nicht vernichten, aber sie schielten begierlich nach Teilen des Reichs und seiner Verbündeten; sie sprächen zwar mit Achtung von Deutschlands Stellung, aber dazwischen dränge immer wieder die Auffassung durch, als seien die Deutschen die Schuldigen, die Buße tun und Besserung geloben müßten. Wenn die Führer der feindlichen Mächte wirklich zum Frieden geneigt seien, so möchten sie ihr Programm nochmals revidieren. „Wenn sie mit neuen Vorschlägen kommen, dann werden wir sie auch ernstlich prüfen; denn unser Ziel ist kein anderes als die Wiederherstellung eines dauernden allgemeinen Friedens. Aber dieser Friede ist so lange nicht möglich, als die Integrität des Deutschen Reiches und die Würde unseres Vaterlandes nicht gewahrt bleibt.“

30. Januar bis 2. Februar 1918.

Der in Paris lagende Oberste Kriegsrat der Entente veröffentlicht über das Ergebnis seiner Beratungen eine amtliche Note, in der es heißt: Der Oberste Kriegsrat habe die neuesten Erklärungen des deutschen Reichskanzlers und des österreichisch-ungarischen Außenministers sorgfältig geprüft; er habe in diesen Erklärungen keinerlei Annäherung an die von sämtlichen alliierten Regierungen formulierten maßvollen Bedingungen zu erkennen vermocht. Der Eindruck, den der Kontrast zwischen den angeblich idealen Zielen, zu deren Verwirklichung die Mittelmächte die Verhandlungen von Brest-Litowsk eröffnet haben, und ihrem nun offen zutage liegenden Streben nach Raub und Eroberung hinterließ, sei nur geeignet, diese Überzeugung zu befestigen. Unter diesen Umständen erachte es der Oberste Kriegsrat für seine unmittelbare Pflicht, die Fortdauer des Krieges mit äußerster Energie und durch die strafste und wirksamste Vereinheitlichung der militärischen Aktion der Alliierten sicherzustellen.

11. Februar 1918.

Präsident Wilson antwortet auf die Reden des Grafen Czernin und des deutschen Reichskanzlers vom 24. Januar in einer neuen Ansprache an den Kongreß: Graf Czernin habe in freundlichem Tone gesprochen, schein die Grundlagen des Friedens mit klarem Blick zu erkennen und fühle offenbar, daß Österreich auf die von den Vereinigten Staaten aufgestellten Kriegsziele leichter eingehen könne als Deutschland; er würde wahrscheinlich noch weitergegangen sein, wenn er nicht auf Österreichs Bündnis und seine Abhängigkeit von Deutschland hätte Rücksicht nehmen müssen. Graf Hertlings Antwort sei sehr unbestimmt und sehr verwirrend. Die von ihm vorgeschla-

gen Methoden seien diejenigen des Wiener Kongresses. Dahin gebe es keine Rückkehr. Der Kampf gehe um eine neue internationale Ordnung, aufgebaut auf den weiten und allumfassenden Grundsätzen von Recht und Gerechtigkeit, nicht um einen bloßen Flickfrieden. Der Weltfriede hänge von der gerechten Schlichtung eines jeder der verschiedenen von ihm formulierten Probleme ab. Auf die Friedensresolution des Reichstags vom 19. Juli 1917 hinweisend, erklärt Wilson: Es soll keine Annexionen geben, keine Kriegsschadensschädigungen, keinen strafweisen Schadenersatz. Kein Volk soll durch eine internationale Konferenz oder durch Abmachungen zwischen Rivalen und Gegnern von einer Staatshoheit an eine andere ausgeliefert werden. Nationale Ansprüche müssen beachtet werden, die Völker dürfen nur noch mit ihrer eigenen Zustimmung beherrscht und regiert werden. Das „Selbstbestimmungsrecht“ ist keine bloße Redensart. Es ist ein gebietischer Grundsatz des Handelns, den die Staatsmänner künftig nur noch auf eigene Gefahr mißachten werden.

Auf die Anregung des Grafen Czernin, ob nicht ein Meinungsaustausch zwischen Österreich-Ungarn und den Vereinigten Staaten den Weg zu allgemeinen Friedensverhandlungen bereiten könne, antwortet Wilson: Die Prüfung, ob es für beide Regierungen möglich sein werde, in dem Meinungsaustausch weiterzugehen, sei einfach und klar. Die anzuwendenden Grundsätze seien folgende:

1. Jeder Teil der endgültigen Regelung müsse beruhen auf der wesentlichen Gerechtigkeit des besonderen Falles und auf einem solchen Ausgleich, von dem es am wahrscheinlichsten sei, daß er einen dauerhaften Frieden bringen werde.

2. Völker und Provinzen dürfen nicht von einer Staatshoheit in die andere herumgeschoben werden, als wenn es sich um Figuren oder Steine in einem Spiel handle, auch wenn dieses Spiel das große, aber jetzt für immer diskreditierte Spiel des Gleichgewichts der Kräfte sei; vielmehr müßte

3. jede Gebietsfrage, die durch diesen Krieg aufgeworfen sei, im Interesse und zum Vorteil der betreffenden Bevölkerung gelöst werden und nicht als ein Teil eines bloßen Ausgleichs oder Kompromisses zwischen rivalisierenden Staaten.

4. Allen klar umschriebenen nationalen Ansprüchen müsse die weitestgehende Befriedigung gewährt werden, die ihnen gegeben werden könne, ohne Elemente der Zwietracht und Feindschaft zu verewigen oder neu einzuführen, die geeignet wären, den Frieden Europas und damit den Frieden der Welt bald wieder zu stören.

Diese als fundamental zu betrachtenden Grundsätze seien, soweit er sehe, bereits überall als zwingend anerkannt außer von den Wortführern der deutschen Annexionisten und Militaristen. Der tragische Zustand sei, daß diese Partei in Deutschland gewillt und imstande sei, Millionen von Männern in den Tod zu senden, um zu verhindern, was alle Welt jetzt als gerecht anerkenne.

25. Februar 1918.

Reichskanzler Graf Hertling stimmt im Reichstag den vier Grundsätzen in Wilsons Ansprache vom 11. Februar ausdrücklich und grundsätzlich bei und erklärt, daß ein allgemeiner Friede auf solchen Grundlagen erörtert werden könne, allerdings nur dann, wenn diese Grundsätze nicht nur von Wilson vorgeschlagen, sondern von allen Staaten und Völkern anerkannt würden.

28. Februar 1918.

Der britische Außenminister Balfour erklärt im Unterhaus, auch die letzte Rede des deutschen Reichskanzlers vom 25. Februar biete keine Grundlagen für Friedensverhandlungen. Wenn man Verhandlungen beginnen wolle, bevor man die Aussicht auf ihre erfolgreiche Durchführung habe, so wäre das das größte Verbrechen gegen den Weltfrieden.

6. April 1918.

Baltimore. Wilsons Anliehewerbede.

„... Ich würde mich anschien, wenn ich in dieser ersten Zeit ... die schwächliche Sprache des Hasses und der Rache gebrauchte ... Wir sind bereit, bei der Endabrechnung gerecht gegen das deutsche Volk zu sein und Deutschland genau so wie die anderen Mächte redlich zu behandeln. Bei diesem Endurteil kann kein Unterschied zwischen den Völkern gemacht werden, wenn es wirklich gerecht ausfallen soll ... Mit diesen Gedanken vor Augen habe ich versucht, von denen, die für Deutschland sprechen, zu hören, ob sie Gerechtigkeit oder ob sie Herrschaft erstreben und ihren eigenen Willen den anderen Nationen der Welt aufzwingen wollen. Die Antwort erfolgte in Worten, die nicht falsch aufgefaßt werden können. Es wurde zugegeben, daß nicht Gerechtigkeit, sondern Herrschaft und rücksichtslose Durchführung des eigenen Willens die treibende Kraft ist. Dieses Bekenntnis stammt nicht von den deutschen Staatsmännern, sondern von den militärischen Führern, welche die wirklichen Herrscher sind ... Wir können, was in Rußland, in der Ukraine und in Finnland fälschlich erfolgte, nicht mißverstehen ... Deutschland hat wiederum gezeigt, daß allein die Gewalt zu entscheiden hat. Es fragt sich, ob Recht und Friede in den Beziehungen der Menschen herrschen soll, ob das Recht, wie Amerika will, oder der Zwang, wie ihn Deutschland anstrebt, das Los der Menschheit bestimmen soll. Von unserer Seite ist daher nur eine Antwort möglich: Gewalt, äußerste Gewalt, Gewalt ohne Grenzen, eine gerechte und triumphierende Gewalt, die ein gerechtes Gesetz in die Welt bringt und jede selbstsüchtige Herrschaft niederwirft.“

4. Juli 1918.

In der Ansprache am Grabe Washingtons zu Mount Vernon verkündet Präsident Wilson die folgenden vier Grundsätze: „1. Vernichtung jeder willkürlichen Macht, wo immer sie sei, die für sich allein, im geheimen und nach eigenem Entschluß den Frieden der Welt stören kann; oder wenn sie zur Zeit noch nicht vernichtet werden kann, zum wenigsten ihre Herabdrückung zur lässlichen Machtlosigkeit. 2. Die Regelung jeder Frage, sowohl in bezug auf Gebiet oder Souveränität, auf wirtschaftliche Abmachungen oder auf politische Verhältnisse, muß erfolgen auf der Grundlage der freien Annahme dieser Regelung durch das unmittelbar davon betroffene interessierte Volk; nicht auf der Grundlage des materiellen Nutzens oder Vorteils irgendeiner anderen Nation oder eines anderen Volkes, die eine andere Regelung zur Ausbreitung ihres Einflusses, ihrer Herrschaft wünschen mögen. 3. Die Zustimmung aller Nationen, in ihrem gegenseitigen Verhalten von denselben Grundsätzen der Ehre und der Achtung für das gemeinsame Gesetz der zivilisierten Gesellschaft geleitet zu werden, welche die einzelnen Bürger aller modernen Staaten in ihren Beziehungen zueinander leiten, dergestalt, daß alle Versprechen und Übereinkommen gewissenhaft beobachtet, keine geheimen Anschläge oder Verschwörungen ausgehehelt, keine selbstsüchtigen Verletzungen straflos begangen werden können und gegenseitiges Vertrauen auf der festen Grundlage der allgemeinen Achtung des Rechtes geschaffen wird. 4. Begründung einer Friedensorganisation, welche die Gewalt ver schafft, daß die vereinigte Macht der freien Nationen jede Rechtsverletzung verhindern und helfen wird, den Frieden und die Gerechtigkeit durch ein höchstes Gericht der öffentlichen Meinung zu sichern, dem sich alle unterwerfen müssen, und durch das alle internationalen Berichtigungen, die von den unmittelbar betroffenen Völkern nicht auf freundschaftlichem Wege erledigt werden können, verbürgt werden sollen.“

27. September 1918.

Wilson's Völkerbundsrede in New York. „Bei jeder Wendung des Krieges gewinnen wir eine erneute Auffassung des dadurch zu erreichenden Endziels ... Die daraus sich ergebenden Kernfragen aber sind die folgenden: Soll die Militärmacht irgendeines Staates oder einer Staatengruppe die Geschicke von Völkern bestimmen dürfen, über welche sie kein Herrschaftsrecht hat, als das Recht der Gewalt? Sollen mächtige Staaten die Freiheit haben, schwache Nationen niederzuringen und sie ihren Zwecken und Interessen untertan zu machen? Sollen die Völker selbst in ihren eigenen inneren Angelegenheiten durch willkürliche und unverantwortliche Gewalt regiert und beherrscht werden, oder durch ihren eigenen Willen, nach eigener Wahl? Soll es einen gemeinsamen Maßstab von Recht und Vorrecht für alle Völker und Staaten geben, oder sollen die Mächtigen tun können, was sie wollen, während die Schwachen wehrlos leiden müssen? Soll der Vollzug des Rechts vom Zufall und gelegentlichen Bündnissen abhängen, oder soll es einen Verband geben, um die Beobachtung allgemeiner Rechte zu erzwingen? ... Wir stimmen alle darin überein, daß mit den Regierungen der Mittelmächte weder durch irgendeine Art von Gelegenheitshandel noch durch Kompromiß der Friede erreicht werden kann, weil wir bereits mit ihnen unterhandelt und auch in Brest-Litowsk und Bukarest gesehen haben, wie sie mit anderen Regierungen, welche Teilnehmer an diesem Kriege waren, unterhandelt haben. Sie haben uns überzeugt, daß sie ohne Ehre sind und keine Gerechtigkeit beabsichtigen. Sie beachten keine Verträge, erkennen keinen Grundsatz als nur die Gewalt und ihre eigenen Interessen an. Wir können uns mit ihnen nicht einigen. Sie haben dies unmöglich gemacht. Das deutsche Volk muß endlich völlig inne werden, daß wir das Wort derer, welche uns diesen Krieg aufgezwungen haben, nicht annehmen können. Von höchster Wichtigkeit ist auch, daß wir klar festlegen, daß der Friede durch keine Art von Kompromiß oder durch irgendeinen Abzug von den Grundsätzen, die wir zu unseren Kriegszielen gemacht haben, erreicht werde ... Wenn in Tat und Wahrheit, wie ich es glaube, das gemeinsame Ziel der gegen Deutschland verbündeten Regierungen und Völker das sein soll, durch die künftigen Vereinbarungen einen sicheren und dauernden Frieden zu erlangen, so ist es notwendig, daß alle, die sich an den Friedensschluß setzen werden, mit der Bereitwilligkeit kommen, den Preis zu zahlen, der ihn sichern wird, auch müssen sie bereit und willens sein, mit männlichem Mut das einzige Werkzeug zu schaffen, durch das wir die Sicherheit erlangen, daß das Friedensübereinkommen geachtet und vollzogen wird. Jener Preis ist die unparteiische Gerechtigkeit in jedem Teil der endgültigen Schlichtung, unbekümmert darum, wessen Interessen durchkreuzt werden ... Jenes unentbehrliche Werkzeug ist der Bund der Nationen ... Ohne ein solches Werkzeug ... wird dieser Friede teilweise auf dem Wort von Verbrechern (oulawes) beruhen, ja einzig auf diesem Wort Deutschland wird seinen Charakter wieder reinigen müssen, nicht durch das, was am Friedensschluß geschieht, sondern durch das, was folgt. Und so muß ... die Schaffung jenes Völkerbundes sowie die klare Umschreibung seiner Ziele ein Teil, ja in gewissem Sinne der wesentlichste Teil des Friedens selbst sein ... Doch diese allgemeinen Ausdrücke offenbaren keineswegs die ganze Angelegenheit. Einzelheiten sind nötig, um ihnen nicht so sehr die Bedeutung einer bloßen These, als vielmehr die eines praktischen Programms zu geben ... Erstens, die unparteiische Gerechtigkeit, die geschaffen werden soll, darf keinen Unterschied machen zwischen jenen, gegen die wir gerecht zu sein wünschen, und jenen, gegen die wir es nicht zu sein wünschen. Es muß eine Gerechtigkeit sein, die keine Begünstigten kennt und die keine andere Richtschnur kennt, als die gleichen Rechte aller verschiedenen Völker, die in Frage kommen. Zweitens, kein besonderes oder abgeordnetes Interesse irgendeiner einzelnen Nation oder

irgendeiner Gruppe von Nationen kann zur Grundlage irgendeines Teils des Übereinkommens gemacht werden, wenn es nicht mit den gemeinsamen Interessen aller übereinstimmt. Drillens, Bündnisse oder Verbindungen oder besondere Abkommen innerhalb der allgemeinen und gemeinschaftlichen Familie des Völkerbundes sind unzulässig. Vorfriedens und mehr im einzelnen, selbstsüchtige wirtschaftliche Sonderbündnisse innerhalb des Völkerbundes können nicht zugelassen werden, ebensowenig wie Anwendung irgendeiner Form von wirtschaftlichem Boykott oder Ausschluß, ausgenommen, wenn die Vollmacht zur

wirtschaftlichen Bestrafung durch Ausschluß von den Märkten der Welt dem Völkerbund selbst als Zucht- und Machtmittel übertragen wird. Fließens, alle internationalen Übereinkommen und Verträge irgendwelcher Art müssen in ihrer Gesamtheit der übrigen Welt bekanntgegeben werden. Sonderbündnisse, wirtschaftliche Rivalitäten und Feindseligkeiten sind in der modernen Welt eine ergebige Quelle der Pläne und Leidenschaften gewesen, die Kriege entfesselt haben. Ein Friede, der sie nicht durch bestimmte und bindende Verpflichtungen unmöglich macht, wäre unaufrichtig und ungewiß."

II. Der Vorfriedensvertrag vom 5. November 1918

18. Juli 1918.

Ende der deutschen Offensive an der Westfront. Beginn der großen feindlichen Gegenoffensive.

8. August 1918.

Einbruch der Engländer und Franzosen in die deutsche Front bei Villers Bretonneux.

14. August 1918.

Spa. In einer Besprechung unter Vorsitz des Kaisers wird die Notwendigkeit festgestellt, Friedensverhandlungen anzubahnen.

15. September 1918.

Beginn des Zusammenbruchs der bulgarischen Front.

28. September 1918.

Hindenburg und Ludendorff entschließen sich, bei der Reichsregierung ein direktes deutsches Friedens- und Waffenstillstandsangebot auf Grund der 14 Punkte Wilsons anzulegen.

30. September 1918.

Der Kaiser genehmigt das Rücktrittsgesuch des Reichskanzlers Grafen Hertling und fordert die Einführung der parlamentarischen Regierungsform.

3. Oktober 1918.

Bildung einer parlamentarischen Regierung unter Prinz Max von Baden als Reichskanzler mit folgendem Programm: Festhalten an der Antwort auf die Papsnole vom 1. August 1917 und uneingeschränktes Bekenntnis zur Friedensresolution vom 19. Juli 1917; Erklärung der Bereitschaft, einem Völkerbund beizutreten; einwandfreie Erklärung über Wiederherstellung Belgiens und Verständigung über Entschädigung; bisher geschlossene Friedensverträge dürfen kein Hindernis für den allgemeinen Friedensschluß bilden; Schaffung von Volksvertretungen im Baltikum, in Litauen und Polen; Schaffung eines selbständigen Bundesstaates Elsaß-Lothringen; unverzügliche Wahlrechtsreform in Preußen; Einheitlichkeit der Reichsleitung durch ihre Parlamentarisierung; strenge Einhaltung aller verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten; Beseitigung aller militärischen Einrichtungen, die der politischen Beeinflussung dienen; Änderung der Bestimmungen über den Belagerungszustand, Beschränkung der Zensur, politische Kontrolle aller Maßnahmen, die auf Grund des Belagerungszustandes verhängt werden.

5. Oktober 1918.

Reichskanzler Prinz Max von Baden ersucht den Präsidenten Wilson, „die Herstellung des Friedens in die Hand zu nehmen, alle kriegführenden Staaten von diesem Ersuchen in Kenntnis zu setzen und sie zur Entscheidung der Bevollmächtigten zwecks Aufnahme der Verhandlungen einzuladen“. Die deutsche Regierung „nimmt das von dem Präsidenten in der Kongregrede vom 8. Januar 1918 und in seinen späteren Kundgebungen, namentlich in der Rede vom 27. September aufgestellte Programm als Grundlage für die Friedensverhandlungen an. Um weiteres Blutvergießen zu vermeiden, ersucht die deutsche Regierung, den sofortigen Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes . . . herbeizuführen.“

8. Oktober 1918.

Wilson will zunächst den „genauen Sinn“ der deutschen Note kennen. „Meint der Reichskanzler, daß die kaiserliche deutsche Regierung die Bedingungen, die der Präsident in seiner Botschaft . . . vom 8. Januar und in den folgenden Botschaften niedergelegt hat, annimmt, und daß ihr Zweck beim Eintritt in die Diskussion nur der sein würde, sich über die praktischen Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen?“ Waffenstillstand sei nicht möglich, solange die Heere der Mittelmächte in den Gebieten der Alliierten stehen. Der Präsident will wissen, „ob der Kanzler nur für diejenigen Gewalten des Reiches spricht, die bisher den Krieg geführt haben“.

12. Oktober 1918.

Deutsche Antwort auf Wilsons Note vom 8. Oktober: Deutsche Regierung „hat die Sätze angenommen“, die Wilson am 8. Januar und später „als Grundlage eines dauernden Rechtsfriedens niedergelegt hat. Der Zweck der einzuleitenden Besprechungen wäre also lediglich der, sich über praktische Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen“. Deutsche Regierung nimmt an, daß auch die Alliierten „sich auf den Boden der Kundgebungen des Präsidenten Wilson stellen“. Zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes werden Wilsons Räumungsvorschläge angenommen. Geslüßt auf den Willen der Reichstagsmehrheit, spricht der Reichskanzler im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes.

14. Oktober 1918.

Wilson bestätigt die unbedingte Annahme seiner Friedensgrundlagen durch Deutschland. Räumungs- und Waffenstillstandsbedingungen müssen dem Urteil der militärischen Ratgeber der Gegner Deutschlands überlassen bleiben und „völlig befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften für die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen militärischen Überlegenheit der Armeen der Vereinigten Staaten und der Alliierten vorsehen“. Ein Waffenstillstand sei nur möglich, wenn die Versenkung von Passagierschiffen durch U-Boote und die Zerstörungen beim Rückzuge aus Flandern und Frankreich vorher eingestellt würden. „Zur Vermeidung jeder Möglichkeit eines Mißverständnisses“ müsse der Präsident „in feierlichster Form auf den Wortlaut und klaren Sinn“ einer der sieben von Deutschland angenommenen Friedensbedingungen hinweisen: „Vernichtung jeder Willkür und Macht, die für sich allein und heimlich den Frieden der Welt stören kann, und wenn ihre Vernichtung jetzt nicht möglich ist, mindestens ihre Herabsetzung zu tatsächlicher Machtlosigkeit.“ Das deutsche Volk bisher beherrschende Macht sei dieser Art. „Es liegt innerhalb der Wahl der deutschen Nation, dies zu ändern.“ Diese Bedingung müsse dem Frieden vorangehen. Nach dem Urteil Wilsons werde „die ganze Durchführung des Friedens von der Bestimmtheit und dem zufriedenstellenden Charakter der Bürgschaften abhängen, die in dieser grundlegenden Frage gegeben werden können. Es ist unumgänglich notwendig, daß die gegen Deutschland verbündeten Regierungen unzweideutig wissen, mit wem sie es zu tun haben“.

gefaßt und der Bergverwaltung eingegliedert wurden, die seit 1890 zum Handelsministerium gehörte. Sie trat unter dem Nachfolger Bredels, dem Minister Müller (1901 bis 1905), der aus der praktischen Wirtschaft und dem Parlament kamme, mehr in die Erscheinung. Es erregte großes Aufsehen, als der preussische Berginspektor im Ruhrbergbau durch Erwerbung der Bergwerksgesellschaft Hibernia selbst seinen Fuß faßte und seinen Besitz später weiter ausdehnte. Die Leitung der deutschen Arbeits- und Wirtschaftspolitik freilich ging immer mehr auf die Reichsbehörden über, seitdem der Staatssekretär im Reichsamt des Innern, Graf Prosdowsky, dort eine lebhafteste Initiative entfaltete. Aber dem preussischen Ministerium ist dauernd mit der Ausführung der Gesetze die Aufsicht für die einzelnen Zweige der Wirtschaft geblieben. In die Zeit Müllers fallen die Einführung der Gewerbegerichte, die Errichtung der Handelshochschulen in Köln und Frankfurt a. M., die erste Ausbildung von Gewerbelehrerinnen und die Errichtung des Landesgewerbeamts als staatliche Zentralstelle für die Gewerbeaufsicht.

Aus der Amtszeit des nächsten Ministers Delbrück (bis 1909) sind an Gesetzen, an denen das Handelsministerium entscheidend mitwirkte, zu nennen die Börse-Novelle von 1908 und die Bergesehne-Novelle von 1909, zu der das Grubenunglück auf der Zeche Rabdod und ein großer Streik im Ruhrrevier den Anlaß gaben. Höher aber als Gesetze schätzte Delbrück das Ringen um die Seele des Arbeiters durch die Verwaltung. Auch unter ihm schritt die Entwicklung des Fach- und Fortbildungsschulwesens und ihrer Lehrpläne fort. Minister Sydow, der ihm folgte, blieb am längsten nach Bismarck, nämlich neun Jahre, im Amte. In diese Zeit fielen die schwersten Aufgaben, die der Weltkrieg der preussischen Wirtschaftsverwaltung stellte, die sich auf die Sicherung und Verteilung von Rohstoffen, Nahrungsmitteln, Bekleidungsstoffen usw. und auf die Kriegsvorbereitung, Heranbildung weiblicher Ersatzkräfte und ähnliches umstellten mußte. Nicht Beamte des Ministeriums liegen im Felde ihr Leben für das Vaterland.

Die jüngste Periode der Geschichte des Handelsministeriums setzte mit dem Übergang zum Parlamentarismus ein. Der erste neue Minister war Fischer, der im Oktober 1918 ernannt wurde und das Ministerium über Revolution und Kapp-Putsch hinweg leitete. Ihm fiel die Aufgabe zu, Handel und Gewerbe in jenen unruhigen Zeiten im Fluß zu erhalten und die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer den Auffassungen der neuen Zeit anzupassen, soweit sie behördlichen Einfluß zugänglich sind. Schwere Verluste erlitt die Bergverwaltung durch den Versailler Vertrag in Oberschlesien und im Saargebiet. Erhebliche Eingriffe in das Arbeitsgebiet des Ministeriums brachte die Amalgamierung des Preussischen Staatsministeriums, indem ein Teil der sozialen Arbeiten an das neugegründete Volkswohlfahrtsministerium überleitet wurde, während infolge der Auflösung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten dem Handelsministerium die Betreuung der Häfen, Brücken

und Fährden, des Carlis- und Enteignungswesens, der Elektrizitätswirtschaft, Kraft- und Luftfahrt, der Kleinbahnen usw., also die preussische Verkehrsverwaltung, zufiel. Das Landesgewerbeamt wurde durch Gründung einer zweiten Abteilung für Handwerks- und Genossenschaftswesen umgestaltet. Eine Neugliederung der Handelskammer, die der nächste Minister, Stiering, fortsetzte, gab den „Industrie- und Handelskammern“, wie sie jetzt heißen, neue Aufgaben und eine Ausdehnung ihrer Selbstverwaltung. In die Amtszeit Stierings fiel der Ruhrstreik mit seiner ungeheuren Wirtschaftserlöschung. Die staatlichen Bergwerke wurden von der Hoheitsverwaltung getrennt durch die Gründung der Preussischen Bergwerks- und Hütten A.-G. (Preußag), der unter seinem Nachfolger in Westfalen die Hibernia und die Bergwerks A.-G. Recklinghausen folgten. 1922 wurde das Grubenfeuerheitsamt geschaffen, das sich ausschließlich mit der Unfallverhütung und dem Rettungswesen im Bergbau zu befassen hat. Aus der sonstigen Verwaltung ist zu erwähnen die Einrichtung der Kufbilshelle und vor allem der Hohenhausen in Königsberg, Stettin, Glesburg, Wefermünde, Harburg und Emden.

Seit Februar 1925 ist der jetzige Minister Dr. Schöberer im Amt. Die unter Minister Sydow begonnene Beteiligung des Staatsbergbauamtes bei der Rheinischfährat hat eine Konsolidierung erfahren, die in diesem Jahre zum Abschluß einer Betriebsgemeinschaft mehrerer Schiffahrtsgruppen führte. In verschiedenen Randstellen, die durch die Auswirkungen des freibankstulles Not litten, mußten Notstandsmaßnahmen durchgeführt werden; so in Oberschlesien, in Waldenburg, im Ruhr- und Mittelgebiet und anderwärts. Die neue Arbeitsgerichtsbarkeit wurde in Preußen durchgeführt. Ganz neue Wirtschaftsweisen, wie die Gasfernverföhrung, erforderten die Mitarbeit des Ministeriums. Das Berufs- und Fachschulwesen hat erhebliche Fortschritte gemacht, die Zahl der Schulen hat sich auf 2500, die der Schüler auf 880.000, die der Lehrer auf 5200 vermehrt. Die Entfaltung der Elektrizitätswirtschaft des preussischen Staates, ihre Einigung mit denjenigen des Reiches und der gemischtwirtschaftlichen Unternehmungen in Rheinland-Westfalen ist das Werk Dr. Schöberers. Ebenso ist es gelungen, in den Hafenfragen um Hamburg eine Verständigung zu erzielen, die eine Verwaltung dieses wichtigen Platzes bezweckt, so, als ob keine Landesgrenzen vorhanden wären. In ähnlicher Weise hat sich das Ministerium in den Dienst der Förderung der Zusammenarbeit der Interessenten bei Kraft- und Flugverkehr gestellt und in der Sozialpolitik die Mitterverantwortung der Arbeitnehmerchaft in Arbeitschutz und Betriebskontrolle, z. B. bei der Dampfessel- und Grubenüberwachung, vorangebracht. Den besonderen Zwecken des Mittelstandes in Handwerk und Einzelhandel dient jetzt eine Unterabteilung der Gewerbeabteilung. Die Arbeiten für Technik und Verkehr sind immer stärker in den Vordergrund getreten. So kann man sagen, daß die zunehmende Bedeutung der Wirtschaftsfragen für den Wiederaufstieg Deutschlands immer mehr dem Preussischen Handelsministerium seinen Charakter und seine Stellung gegeben hat.

Zur Zeitgeschichte

Französische Wirtschaftsorgen.

Die französische Einfuhr hat in den Monaten Januar bis Mai dieses Jahres einen Wert von 25,5 Milliarden Franken gehabt, dem ein Ausfuhrwert von nur 20,4 Milliarden Franken gegenüberstand. Diese Passivität der Handelsbilanz in Höhe von 5,1 Milliarden gegenüber einer solchen von nur 0,6 Milliarden im gleichen Zeitraum des Vorjahres hat die französische öffentliche Meinung in erbeblichem Ausmaße alarmiert. Als Ursachen für das Zurückbleiben der Ausfuhr werden eine Reihe von Faktoren angegeben, so vor allem die fortgesetzte Steigerung der Lebenshaltungskosten — die Kleinkaufspreise in Paris beispielsweise sind von 540 Punkten (1914: 100) im August 1928 in ununterbrochener Steigerung auf 626 im Mai 1929 angewachsen — und damit in unmittelbarem Zusammenhang natürlich die Zunahme der Löhne, ferner die nach französischer Ansicht übermäßige Steuerbelastung. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres sind gegenüber dem haushaltsmäßigen Vorschlage 2,5 Milliarden

Steuern mehr eingeommen. Eine Senkung des allgemeinen Preisniveaus und damit Verbilligung der Produktion sowie Senkung der Steuerlast, das sind die gleichen Probleme, die zur Zeit auch die französische Wirtschaft beschäftigen, wie sie bei uns an der Tagesordnung sind. Wenn auch Frankreich eine Arbeitslosigkeit nicht kennt, so fürchtet man doch bei einer weiteren Fortdauer der schlechten Lage des Außenhandels eine entsprechende negative Auswirkung auf die Industrie und damit auf den Arbeitsmarkt. Einer Preisreduktionsaktion steht nun aber eine Reihe von Hindernissen im Wege, so einmal die in Aussicht genommene Einführung der Sozialversicherung, die, wenn sie auch in wesentlich bescheidenerem Ausmaße wie bei uns in Deutschland beschlößigt ist, doch eine gewisse finanzielle Belastung von Unternehmenskraft und Arbeiterschaft darstellt. Ferner ist zum 1. Juli ein neues Mieterschutzgesetz in Kraft getreten, das eine fühlbare Erhöhung der Mieten mit sich bringt. Was nun die Steuerreduktionsaktion anlangt, so ist zwar für das neue Budget ein Steuerabbau im Gesamtbetrage von 1,5 Milliarden vorgesehen, der aber von der französischen Industrie

als völlig unzureichend angesehen wird. Es ist auch zu bedenken, daß natürlich die Preissteigerung auch Gehaltserhöhung für die Beamten und Erhöhung der Sachausgaben der Staatsverwaltung nach sich zieht, so daß hier einer Ausgabenerhöhung eine natürliche Grenze gezogen ist. Genau wie bei uns, so trägt man sich auch jenseits des Rheines mit allerlei Plänen der Ausfuhrförderung und hat fälschlich eine große Zentralorganisation der französischen Auslandspropaganda in Gemeinschaft mit den Fremdenverkehrs- und sonstigen Außenhandelsorganisations ins Leben gerufen. In dieses Kapitel gehören auch der Ausbau und die Modernisierung der französischen Eisen- und vor allem des Reparationskontos vor- genommen werden sollen und für die der französische Staat einen Gesamtkredit von über 5 Milliarden in Aussicht genommen hat. Wenn es auch nicht zu leugnen ist, daß im normalen Lauf und Ab der wirtschaftlichen Konjunktur Frankreich genau wie jedes andere Land Spannungen seiner Wirtschaft durchmacht, Spannungen, die eben in erster Linie eine Folge der Stabilisierung der Währung und der Angleichung an das Weltmarktniveau sind, so darf doch nicht außer Betracht bleiben, daß die französische Wirtschaft weitaus reicher dotiert ist als die deutsche. Ganz im Gegensatz zur deutschen Wirtschaft ist doch die französische in der Lage, das Defizit der Außenbilanz auszugleichen und überkompensieren mit den Einnahmen befristeter Anleihe aus dem Fremdenverkehr. Auch kennt die französische Wirtschaft nicht entfernt die Schwierigkeiten der deutschen Kapitalversorgung, denn im Grunde genommen verfügt Frankreich doch heute bereits über erstaunlich große Mengen von Eigenkapital.

Neuwahlen in Holland.

Am 1. Juli haben die regelmäßigen, alle vier Jahre fälligen Wahlen zur Zweiten Kammer der Niederländischen Generalstaaten stattgefunden. Die Erste Kammer wird erst später von den Provinzialräten der elf Provinzen gewählt, während die 100 Abgeordneten der Zweiten Kammer aus allgemeinen, direkten und geheimen Wahlen hervorgehen. Seit 1917 besteht das allgemeine, seit 1918 das Verhältnis-, seit 1919 das Frauenwahlrecht; das passive beginnt bei 30, das aktive bei 25 Jahren, und zwar als Wahlpflicht, deren Unterlassung mit 3 Gulden Strafe belegt wird. Infolge dessen hat Holland eine Wahlteilnahme von 90 v. H. bei 50 v. H. Wahlberechtigten seiner 7½ Millionen Einwohner. Die Zahl der Wahlberechtigten ist seit 1925 um etwa 1¼ v. H. auf 3 828 505 gestiegen.

Der diesmalige Wahlkampf fand nicht im Zeichen besonders unpopulärer Ziele Hollands nicht nur vom Kriege selbst, sondern auch von seinen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, sondern die andere neutrale Staaten betroffen haben. Das Ergebnis der Neuwahlen weicht denn auch nicht wesentlich von dem des Jahres 1925 ab, läßt aber zunächst die Frage ungelöst, ob das „außerparlamentarische“ Kabinett W. de Geer, das, seit März 1926 am Ruder, am Vorabend der Wahl demissionierte, durch ein parlamentarisches ersetzt werden kann, das sich auf eine Mehrheitskoalition stützt.

Hollands Wahlverfahren und Parteienefen erscheinen auf den ersten Blick verworren und komplizierter, als sie es in der Tat sind. Während in der Zweiten Kammer kaum zwölf Parteien vertreten sind, von denen nur etwa sechs Bedeutung haben, war es möglich, bei den Wahlen 1921 nicht weniger als 53, 1924 immerhin 30 und diesmal 37 Parteienlisten aufzustellen, bereits 25 Wahlberechtigste eines Bezirks bilden eine eigene Liste vorzulegen. Ferner versuchen die historischen Namen der Parteien vielfach die geltenden politischen Ziele, wenn auch der Gegensatz zwischen Katholiken und Protestanten, in Nachwirkung der langen Zurücksetzung der erleren Konfession, stark ins Gewicht fällt.

Die größten Parteien sind die Römisch-katholische Staatspartei sowie die Sozialdemokratie, die beide über 30 bzw. 24 Mandate bewahrt haben; sie entsprechen dem Zentrum und der Sozialdemokratie (menn man sie wie sämtliche holländische Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, gegenüber den entsprechenden deutschen etwas nach rechts rückt), nur daß die erlere bis jetzt jede Gültungnahme mit den Sozialdemokraten, die ihr zu einer Regierungsmehrheit beschaffen konnte, stets abgelehnt hat. Die Katholiken haben sich als Antirevolutionäre (unter Collijn) in eine Konföderative und als Christlich-historische Union (auch Demokraten genannt) in eine freikonföderative Richtung gespalten, jene hat von ihren 13 Sitzen einen verloren, diese ihre elf ungeschmälert bewahrt. Der Freiheitssbund oder die liberale Staatspartei entspricht als Vertreterin des Unternehmertums mit freihändlerischen Grundzügen etwa der Volkspartei und hat von ihren neun Mandaten ebenfalls eins eingebüßt, während der freimündigen-demokratische Bund (Demokraten mit Hinweisung zur Sozialdemokratie) seine sieben Abgeordneten behält. Die Kommunisten ziehen fast mit einem jezt mit zwei Vertretern. Die sich jedoch feindselig gerichtet gegenüberstehen, in die Kammer ein. Der Rest wird wiederum von Splitterparteien, wie von Protestantisch-orthodoxen, Katholischer Volkspartei, Bauernpartei befristen.

Da für den Zusammenstoß von Römisch-katholischen und Sozialdemokraten keine Aussichten bestehen, fragt sich, ob die Rechtsparteien, Römisch-katholische, Antirevolutionäre, Christlich-historische mit zusammen 53 Abgeordneten — sich nicht wieder zu einer Mehrheit zusammenfinden werden. Das war nach den Wahlen 1925 unter Collijn der Fall gewesen, das Bündnis brach aber an den konfessionellen Gegensätzen zusammen, als sich 52 Stimmen für die Streichung der Niederländischen Gefeschaft beim Vatikan (die jezt vielleicht wieder eingerichtet werden dürfte) fanden. An Stelle des Kabinetts Collijn trat dann eben 1926 das De Geer, das sich zwar auf dieselben Parteien stützte, aber nicht aus aktiven Parlamentariern bestand. Auch diese Regierung wird in ihrer bisherigen Form nicht zurückkehren. Der Außenminister Bolsloers von Blootland, der van Karnebeck erjezt hatte, gilt als durch die Ultrarecht Dokumentenführung kompromittiert, der Kolonialminister Königsberger scheint dem Zusammenfall auf Curaçao nicht gewachsen gewesen zu sein. Solange die Abneigung der Römisch-katholischen, mit den Sozialdemokraten und freimündigen Demokraten zusammenzugehen, besteht, solange sie sich nicht auf ein demokratisches Reformprogramm, wie es ihnen seinerzeit der 1926 mit der Regierungsbildung beauftragte Demokratenführer Marchant vorlegte, mit den beiden Einkipparteien einigen können, muß mit der Fortsetzung des seit 1926 gestimmten Kurses der niederländischen Politik gerechnet werden, der jezt christliche Regierungen aus den Römisch-katholischen und den beiden kaiserlichen Rechtsparteien ans Steuer gebracht hatte.

Belanglos für die Außenpolitik ist diese Entwicklung keineswegs. Nicht nur haben maßgebende Persönlichkeiten der holländischen Politik bei den Verhandlungen und Aufträgen des Völkerbundes oft eine maßgebende Rolle gespielt. Holland selbst hat mit Belgien die Scheldefrage, mit seinen Kolonien die Selbständigkeitsbestrebungen der Eingeborenen irgenwie zu regeln. Und schließlich haben die Sozialdemokraten und Demokraten die Abklärung auf ihr Programm gestellt.

Die größte Wahrscheinlichkeit besteht abermals für ein außerparlamentarisches Kabinett unter Collijn, bei dem allerdings die belgischen Ansprüche auf eine Lösung der Scheldefrage wenig Entgegenkommen finden dürften.

Die Überbrückung des Kleinen Belt und ähnliche Projekte.

Zugleich mit der Frage der Untertunnelung des Armeefanals zwischen Doer und Calais sind auch in Nord Europa ähnliche Projekte wieder auf geworden. Es handelt sich um die Überbrückung des Kleinen Belt sowie um die Untertunnelung des Großen Belt und des Öresund. Das am weitesten vorgeschrittene dieser Projekte ist die Überbrückung des Kleinen Belt zwischen Jütland und der Insel Fünen. Es wird in allerdingster Zeit schon in Angriff genommen, nachdem das dänische Ministerium der öffentlichen Arbeiten vor kurzem das entscheidende Wort hierüber gesprochen hat.

Die geplante Brücke wird an die Stelle der bisherigen Eisenbahnverbindung bei Fredericia treten. Sie wird den Belt (südlich von dieser bei Middelfart überschreiten und außer einer zweigleisigen Eisenbahn noch eine Straßenbahn enthalten. Ihre Länge wird von Ifer zu Ifer gemessen 825 m, mit den beiden Dorlandbrücken nicht ganz 1200 m betragen, ihre Form, die einer Brücke mit hohen Pfeilern und weitgespannten Überbauten sein. Diese Form ist gewählt worden mit Rücksicht auf die großen



Wasserströmungen, die in beiden Richtungen des Meeresarmes auftreten. Die Ausführung der Arbeiten

ist neben einer dänischen firmen den deutschen Firmen Gröin & Billinger in Mannheim, Friedrich Krupp A.-G., Friedrich-Alfred-Hülse in Rheinfelden und der Brückenbauanstalt Lössis Eilers in Hannover-Berrenbauhen übertragen worden.

Bei der Überbrückung des Kleinen Belt wird also die deutsche Industrie in gerabegut entscheidender Maße vertreten sein, eine Tatsache, die als unbedingt Erfolg der deutschen Industrie gewertet werden muß. Dieser Erfolg ist um so größer, als die Ver-

gebung der Arbeiten auf Grund internationaler Ausschreibungen und eines Gutachten einer internationalen Kommission erfolgt ist, die vom dänischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten mit der Prüfung der aus den verschiedenen Ländern, besonders auch aus Frankreich, England und Amerika eingegangenen Angebote und Baupläne beauftragt war. Von allen diesen Angeboten haben sich die deutschen schließlich doch als die besten erwiesen.

Die Frage der Unternehmung des Großen Belt zwischen der Insel Fünen und der Insel Seeland und die des Oerund zwischen dieser und Schweden ist bereits hauptsächlich in der Öffentlichkeit erörtert worden. Wirklich aktuell ist sie jedoch erst in diesem Winter durch die starke Vereisung der dänischen Gewässer geworden, die wie zwischen Warnemünde und Geßler und zwischen Söndby und Crällöge so auch hier große Verkehrsbehinderungen zur Folge hatte. Trotzdem dürfte die Tunnelbahn heute noch sehr weit von ihrer Verwirklichung entfernt sein angesichts der technischen Schwierigkeiten, die ihrer Ausführung entgegenstehen. Trotzdem aber sind die Pläne nicht uninteressant einmal rein technisch und verkehrstechnisch, dann aber auch als Zeilen des sich unter den drei nördlichen Ländern immer härter segnenden Berufslebens ihrer Zusammengehörigkeit und Verbundenheit.

Sozialversicherung oder Spargzwang?

Als Bismarck vor etwa 40 Jahren den Grundstein zu dem großen Gebäude der deutschen Sozialversicherung legte, da wurde von grundsätzlichen Gegnern der Versicherungsartens die Befürchtung geäußert, die Sozialversicherung werde den Selbsthaltungstrieb und den Arbeitswillen lähmen, den Sparsinn töten und die Wirtschaft in ihrem Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt schwer behindern. Diese Befürchtung hat sich als ungescheitert erwiesen. Die deutsche Wirtschaft nahm einen beispiellosen Aufschwung, während die Sozialversicherung auf weitere Gebiete und Personenziffer ausgedehnt und in ihren Aufgaben und Leistungen immer mehr ausgebaut wurde. Schließlich war also die Sozialversicherung nur dem Verlege sein Hindernis für den wirtschaftlichen Fortschritt. Es ist niemals der Gedanke richtig nahe, daß umgekehrt die Sozialversicherung ihr gut Teil zu diesem wirtschaftlichen Aufschwung beigetragen hat; gibt es doch nicht nur eine Waren-, sondern auch eine Menschenökonomie. Beide sind nicht möglich ohne Rücksicht auf mögliche Pflege der Arbeitskraft und die Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit.

Der Weltkrieg und seine Folgen stellten die Sozialversicherung vor neue gewaltige Aufgaben. Gesundheit und Arbeitskraft weiter Volkstreu war geschwächt oder gefährdet, das Versicherungsamt wurde wegen der Verschlebung des Mittelaltersbestandes von den Jüngeren nach den älteren Jahrgängen ungenügender, bzw kam der Verlust des Vermögens der Versicherungssträger durch die Inflation. Und der neuen Lage entsprechend dem Fortschritt der sozialpolitischen Idee Rechnung zu tragen, war in den Nachkriegsjahren auf dem Gebiet der Sozialversicherung eine fülle geistiger und organisatorischer Arbeit zu leisten. Es liegt in der Natur der Sache, daß hierbei, insbesondere über die auf einen weiteren Ausbau der Versicherung abzuleitenden Maßnahmen, häufig Meinungsverschiedenheiten entstanden und das ferner — namentlich nach der Verabschiedung neuer Gesetze auf versicherungsmäßigen Neuland — Mißstände und Mißbräuche hervortraten, die zu Kritik Anlaß gaben. In jüngerer Zeit hat diese Kritik neue Formen angenommen, indem von gewisser Seite nicht nur Einzelheiten beanstandet werden, sondern das ganze System unserer Sozialversicherung verworfen wird. Es wird behauptet, die Versicherung leiste nicht genug für ihre Mitglieder, sie erlaube sie materiell, schaffe eine künstliche Rentenbegehrtlichkeit und führe so zum moralischen Zusammenbruch der Arbeitnehmererschaft. Deshalb müsse das ganze System mit seinen hohen unproduktiven Verwaltungskosten radikal beseitigt und durch ein besseres ersetzt werden. Als Ersatz für die Sozialversicherung, namentlich für die Kranken-, Invaliden-, Angefallten- und Arbeitslosenversicherung, wird die Schaffung von

„Sozialgemeinschaften“ und die Einführung eines Spargzwanges vorgeschlagen, dem alle Lohn- und Einkommenssteuerpflichtigen Personen unterworfen werden sollen.

Bei der Beratung des Haushaltes seines Ministeriums im Reichstage hat Reichsarbeitsminister Wiffell kürzlich Anlaß genommen, sich mit diesen Angriffen und Vorschlägen auseinanderzusetzen. Er betonte mit Recht, daß das Gebäude unserer Sozialversicherung viel zu fest gebaut ist, als daß man unter dieser Angriffe gegen sie Grundmauern um ihren Bestand belotort sein müßte.

Der Minister wies darauf hin, daß der Gedanke der Sozialversicherung, der ursprünglich allein in Deutschland seine praktische Verwirklichung gefunden hatte, im Laufe der Zeit zum europäischen Gemeingut geworden ist. Auch das Anwachsen der sozialen Ausgaben nach dem Kriege ist nicht etwa auf Deutschland beschränkt. Beträgt doch z. B. in England der Durchschnitt der sozialen Ausgaben in den Jahren 1925 bis 1927 etwa das festsache der Vorkriegsausgaben. In der Tat hat ja die deutsche Sozialversicherung in ungeachtetem Maße Schule gemacht, und es gibt wohl nur noch wenige europäische Länder, die ohne Sozialversicherung auskommen zu können glauben. Gerade in den letzten Jahren hat die deutsche Krankenversicherung als Muster zu einem Internationalen Arbeitslosenversicherungsgesetz. Würde doch alles wohl möglich gewesen, wenn wirklich so starke grundsätzliche Bedenken gegen unser Versicherungssystem gerechtfertigt wären?

Gewiß, Mißstände und Mißbrauch sind bei einer so gewaltigen Organisation wie der Sozialversicherung nicht ausgeschlossen. Man muß versuchen, hier Abhilfe zu schaffen, soweit das nur irgend möglich ist. Aber ist die Möglichkeit des Mißbrauchs eine Eigenart gerade der Sozialversicherung? Ist etwa die Privatversicherung, die denn die Mittelstandskassen frei von Mißbrauch? Ist dort die Verwaltung billiger? Auch die Zwangspartikeln würden ja eines umfangreichen Verwaltungsapparates bedürfen und Kosten verursachen. Dabei wendet sich aber die Kosten der Zwangspartikeln in einen wesentlichen Punkte von denen der Sozialversicherung unterscheiden: Die Partikeln könnten nicht jene gewaltigen Leistungen auf sozialhygienischen Gebieten bewirken wie die Versicherungssträger, die freiwillig in ihren Ausrichtungen rein rednerisch nicht erspart und gewogen werden können.

Es ist auch ein Irrtum zu glauben, die Sozialversicherung — im Gegensatz zur Zwangspartikeln — reine Staatshilfe. Die Sozialversicherung ist vielmehr Selbsthilfe; der Versicherungsbeitrag stammt aus dem Lohn. Grobgetriebe und reiner Geldlohn haben den Arbeiter in eine unglückere und wechsellöse Lage gedrängt. Er bedarf, wenn er nicht schulpens den Wohlfeilen des Lebens, wie Krankheit, Arbeitslosigkeit und Invalidität, ausgesetzt sein soll, eines Mißbrauches bei einer starken Organisation. In der Sozialversicherung bemittelt sich der Beitrag nach dem durchschnittlichen Risiko und wird ein Ausgleich geschaffen, indem der Stärkere für den Schwächeren, der Glücklichere für den Unglücklicheren eintritt. Dem der Arbeitnehmer die Gewißheit bietet, daß er und seine Familie dauernd von erster Krankheit und von längerer Arbeitslosigkeit verschont bleiben würde, dann könnte ein systematisches Sparen ihm vielleicht einen Ersatz für die Sicherung bieten, die die Versicherung durch die Altersversorgung gewährt. Da diese Gewißheit aber leider nicht besteht — lehrt doch die Erfahrung, daß im Durchschnitt der Arbeiter alle zwei Jahre für 24 Tage krank und arbeitsunfähig wird, —, so würde der Spargzwang nur zu häufig verfallen, namentlich dann, wenn der Sparer nach langer Krankheit vorzeitig inaktiv wird. Statt der Versicherungsgemeinschaft müßte die Armenpflege sich seiner annehmen. Nur in der Versicherung kann der auch ethisch so wertvolle Solidaritätsgedanke sich lebendig und fruchtbar auswirken, den ein System, bei dem jeder nur für sich selber spart, töten müßte. Darum kann die Antwort auf die Frage: Versicherung oder Spargzwang? nur lauten: Versicheren, und wenn dem einzelnen nur irgend die Möglichkeit dazu gegeben ist, dann auch sparen!

Georg Kerschensteiner / (Zu seinem 75. Geburtstag am 29. Juli.)

Von Dr. Paul Herzog.

Rückschauend auf seine eigene Jugendzeit schreibt Kerschensteiner in dem Bändchen „Autorität und Freiheit“, das in der Sammlung verschiedener Schulreformen erschienen ist (1924), die charakteristischsten Sätze: „Es gibt Menschen, die führen mich, damit Fehlungen fallen. Das ist der Drang der Jugend. Auch ich war einst unter den Stürmern gestanden. Jetzt blide ich auf ein langes pädagogisches Leben zurück. Zwar habe ich mich nie dazu verstanden können, zu gestehen, daß mir jemand Wasser in meinen Wein schüttete; aber ich trinke den Wein jetzt befommener als oor dreißig oder vierzig Jahren.“ Diese Feststellung bedeutet keinen Verdacht, sie offenkundig nur die schmerzliche Notwendigkeit, sich mit den gegebenen Verhältnissen abfinden zu müssen, um das große Ziel nicht aus den Augen zu verlieren.

Dieses Ziel aber war die Erziehung und Bildung aller brauchbaren Kräfte und Fähigkeiten im jugendlichen Menschen. Darum konnte er in bewusstem Gegensatz zur humanistischen Bildungslehre den Satz aufstellen: „Der Weg zum idealen Menschen führt nur über den brauchbaren Menschen.“ In der preisgekrönten Schrift „Staatsbürgerliche Erziehung der deutschen Jugend“ aus dem Jahre 1901 gab er der staatsbürgerlichen Erziehung den Vorschlag vor dem humanistischen Erziehungsideal: „Erleben wir gute Staatsbürger, so erleben wir freis auch gute Weltbürger.“ In ähnlichem Sinne hatte schon Fichte gesprochen.

Überhaupt ist Kerschensteiners Pädagogik nicht so traditionslos, wie man oft missverständlich behauptet. Seine Hinneigung zum Positivismus entspricht nur dem realistischen Zug seines Denkens. Auch

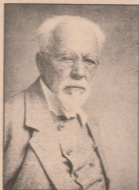
Deftalozji war in diefem Sinne Realift. Mit diefem hat er die uneigennütige und planlofe Liebe zur Jugend gemeint: „Ich liebte meine Schüler und war felig mit ihnen, und meine Schüler erwiderten meine Liebe. Das genügt!“ Und an anderer Stelle: „Ich liebte den Dertze mit der Jugend außerordentlich. Meine glücklichften Stunden waren immer die Stunden meines Unterrichts, den ich nicht nur in der Schule in Mathematik erteilte, fondern auch auf dem Eife beim Schlittschuhlaufen, im Wafler beim Schwimmen, auf den Wanderungen durch die Berge und Wälder, auf den Turnplatzplätzen... Mein händiger aufßerfchulicher Verkehr mit den Schülern lehrte mich ihr wahres Wefen beffer kennen als der mathematische Unterricht. Ich war außerhalb der Schule ihr verfehrter und feliggeworbener Kamerad und ihr fröhlicher Spielgenoffe.“

Kerfchenfjerner wurde als Sohn eines vermöglichen Kaufmanns am 29. Juli 1854 geboren. Er wuchs in der Familie, der Dortmunder Kampf, wollte ihn zum Ehegeftändnis befragen. Aber dazu reichten die Mittel nicht aus. Nach Abfolterung der Präparandenabteilung zu Freiburg wurde er Volksschullehrer. Aber fchon nach zwei-jähriger Tätigkeit nahm er feine Studien

wieder auf und wurde Gymnafiallehrer. 1895 wurde er in die Mündener Schulerwaltung berufen und begann nun hier eine feligenreiche Tätigkeit. Auch die Tore der Univerfität öffneten fich ihm. Staunenswert ist die Arbeit diefes Mannes, der neben feinem hauptamtlichen Beruf noch Zeit fand für phyfikalifche und mathematische Studien und an den fchönen Künften nicht nur theoretifch, fondern auch praktifchen Anteil nahm. Die Schule der „Neuen Schlichter“ hat in ihm ihren theoretifchen Begründer gefunden.

Wie tief Kerfchenfjerner im deutlichen Kulturgut wurzelt, zeigt auch feine Auffaffung von der nationalen Gemeinfchaft. Er ift herber mehr verwandt als Hegel. Nicht der Staat, fondern die nationale Gemeinfchaft ift der Träger abfoluter Werte: „Staatsgemeinfchaften find in der Regel Volksgemeinfchaften und als folche Wertgemeinfchaften.“ Die Kulturgemeinfchaft ift wichtiger als die Staatsgemeinfchaft.

Die Wirkung, die von Kerfchenfjerner ausgegangen ift, ift unüberfehbar. Freund und Feind find von ihm angeregt worden. Hans Krefchbaum nennt ihn einen „Kritikalfilafophen der modernen Pädagogik“, der in die Zukunft weift.



Prof. Dr. G. m. S. H.

Helmsdienft Prof. Georg Kerfchenfjerner

Blick in die Bücher

Ein unentbehrliches Buch über Versailles.

In Heft 12 des „Helmsdienfts“ haben wir abgedruckt, was der Reichsfanzler Hermann Müller über die granen Stunden der Unterfchrift in Versailles erzählt. Das Buch „Was war es in Versailles“ (Verlag J. F. W. Dietz, Berlin), in dem dies zu lefen ift, fchrieb Victor Schiff, der Augenoptiker des „Vorwärts“, damals journaliftifcher Begleiter unferer Delegation. Auf 200 Seiten fteht er dar, mit welcher Energie gegen das Versailles Diktat gekämpft worden ift, wie wirklich alles verfuht worden ift, das Ungeheuerliche vom deutlichen Volke fernzuhalten. Diefes Darftellung des deutlichen Kampfes gegen den Friedensvertrag, die Schiff aus intimer Beobachtung der Vorgänge heraus fchreibt und der er fich (dort wo er nicht Zeuge war) von höchften Zeitungen, von Hermann Müller, von Otto Landsberg und Friedrich Kaminer unterfuchen läßt, ift zugleich eine vorzreffliche Widerlegung all derer, die auch den diefjährigen 28. Juni nicht vorübergehen laffen wollten, ohne die Männer, die vor zehn Jahren das furchtbare Handwerk diefes Vertragsabfchluffes ausüben mußten, als leichtfertig und verächtlich zu brandmarken. Was diefe Männer, geführt von Brodorff-Rantau, in jenen Wochen gekämpft und gelitten haben, ift wahrlich feiner Gefchwümpfung, eher eines Heldentodes würdig, und nicht minder verdienen die verantwortlichen Stellen, die dann im Gegenfatz zu unferer Delegation, aber bewußt gegen den Ereigniffen und der Notwendigkeit gehörend, den Rachevertrag annehmen und unterfchreiben, den Dank des Vaterlandes.

Das granulose Ringen mit Clemenceau und den übrigen Dollfröckern des Sieges begann helmsdienft am 22. Juni 1919 mit dem Telegramm, mit dem der franzöfliche Minifterpräfibent, die deutliche Delegation am 18. April einlief: „Der Oberfte Rat der alliierten und affoziierten Mächte hat befohlen, die mit Vollmachten versehenen deutlichen Delegierten für den 28. April abends nach Versailles einzuladen, am dort den von den alliierten und affoziierten Mächten feftgefehten Text der Friedenspräliminarien in Empfang zu nehmen.“ Schiff erzählt: „Die Diehlsregierung dämmte fich gegen diefe Zumutung auf. Brodorff-Rantau wurde ermächtigt, eine Antwort nach Paris zu übermitteln, die an Deutlichkeit nichts zu wünfchen übrig ließ. Diefes Antwort ift vielleicht das wichtigfte Dokument aus der granen Zeit der Friedensverhandlungen. Sie lautet fehr fchlicht und trocken: „Die deutliche Regierung hat die Mitteilung des franzöflichen Minifterpräfibenten und Kriegeminifters vom 18. April erhalten. Sie wird die Herren Gefandten von Haniel, Geheimere Legationsrat von Keller und Wirtlicher Legationsrat Ernft Schmitt zum Abend des 25. April nach Versailles entfenden. Die Delegierten find mit den erforderlichen Vollmachten angefehtet, den Text des Entwurfs der Friedenspräliminarien entgegenzunehmen, den fie alsobald der deutlichen Regierung überbringen werden. Sie werden begleitet fein von zwei Burokraten, Herrn Hofrat Walter Reime und Bütar Alfred Krebs, fowie von zwei Kanzleibeknen, Herrn Julius Schmidt und Wiedel.“ Dies Telegramm Brodorff-Rantaus empfindet feiner, daß Clemenceau antwortete, die deutliche Regierung möge Männer fehen, mit denen die Gefandtheit der Friedensfragen verhandelt werden könnte. Dies Zugebändnis zu erhalten, war die Vorausfehung der Delegation und damit die Abficht des Brodorffifchen Telegramms. Der tiftliche Plan Clemenceaus,

die deutlichen Abgeordneten als flumme Hunde vor fich zu fehen, war durchgeföhrt worden. Leider konnte der Fortgang der Verhandlungen nicht alle ähnliche Erfolge einbringen. Aber an Harren Will und an paffiger Formulierung des Urteils hat es unferer Versailles Delegation nicht gefehlt. Das Memorandum, in dem fie ihre Meinung nach Abfchluff der Verhandlungen über das fämte irgendwie veränderte Diktat zufammenfaßt, läßt keinen Zweifel zu: „Die Antwort der alliierten und affoziierten Regierungen läßt den ursprünglichen Entwurf in feinen entfcheidenden Punkten beibehalten. Auch jetzt noch find die Friedensbedingungen unerträglich, weil Deutschland fie nicht annehmen und dabei als unabhängige, auf die Wahrung ihrer Ehre bedachte Nation fehen kann.“ Über obiges Stadium berichtet in Schiff's Buch Otto Landsberg; der Abfchluff feiner Darftellung ift geeignet, die grotofe Szene von der „verdorrten Hand“, dem bekannften Wort Scheibemanns, der den Rücktritt der Unterfchreibung vorgeg, endgültig zu zerföhren. Landsberg berichtet: „Scheibemann antwortete, er gabgen uns aus der Sitzung unferer fraktion zu Ebert, um ihm zu erklären, daß wir unfer Haltung nicht ändern könnten und unfer Amtler zur Verfügung ftellten. In langer Unterredung, die auf einem Balkon des Weimarer Schloffes stattfand, fuchte er uns zum Ziehen zu beftimmen, zuletzt, als wir feftblieben, durch die Anknüpfung, daß er dann gleichfalls gehe. Es gelang uns, ihn davon zu überzeugen, daß feine Kage von der unfrigen völlig verföhren lief, daß er durch die Annahme des Vertrages in feiner Weife desanontiert würde und daß er vor allem im Intereffe Deutschlands das nicht wünfchen dürfte, da fomit das Chaos froh der Unterfchreibung über uns hereinbroche.“ Unberrefflich follte auch die Rede fein, die der auf Scheibemann folgender Reichsfanzler Guftav Bauer am 22. Juni in der Nationalverfammlng gehalten hat, fie ift einer von vielen Beweifen dafür, daß weder die Sozialdemokratie noch das Zentrum, die beiden Parteien, die fchließlich allein fich bereit fanden, das Unvermeidbare zu tun und die Unterfchrift zu leften, in feinem Augenblick vergeffen haben, die viel gemißbrauchten „Ehrenpunkte“ zu wahren. Guftav Bauer fagte: „In jeder Stunde auf Leben und Tod, unter den Kanonen des todbenden Einmarfches, als Sprecher von Ihnen allen, von Ihren Sorgen und von Ihrer Empörung rufe ich, zum letzten Male in einem freien Deutschland, Profef gegen diefen Vertrag der Gewalt und der Vernichtung!“ Er fchloß mit der Formulierung der Vollmacht, die von der Nationalverfammlng erbeten wurde: „Die Regierung der deutlichen Republik ift bereit, den Friedensvertrag zu unterfchreiben, ohne jedoch damit anzuzufehmen, daß das deutliche Volk der Urheber des Krieges fei (Art. 231) und ohne eine Verpflichtung nach Artikel 227 bis 250 des Friedensvertrages (Zuffieferungskaufen) zu übernehmen.“ Die todbeten Sieger haben auf einer Unterfchrift ohne Vorbedachte befanden; folche Beutalität führte zu neuen betrigen Auseinandersetzungen der Parteien. Als fchließlich auch die letzte Vergewaltigung erduldet werden mußte, fchloß der Außenminifter der Regierung Bauer, der heutige Reichsfanzler Hermann Müller, neunzig Minuten vor dem Abfchluff des Hinftimmens an Clemenceau ein Telegramm, das wiederum jenen Deutlichen in ewiger Erinnerung bleiben follte: „Die Regierung der deutlichen Republik hat aus der letzten Mitteilung der alliierten und affoziierten Regierungen mit Erföhlichkeit gegeben, daß fie entfchloffen find, von Deutschland auch die Annahme derjenigen Friedensbedingungen mit äußerfter Gewalt zu er-

zwingen, die, ohne eine materielle Bedeutung zu besitzen, den Zweifeln, dem deutschen Volke seine Ehre zu nehmen. Durch einen Gewaltschritt wird die Ehre des deutschen Volkes verletzt. Sie nach aufzuheben ist vorzuziehen, heißt dem deutschen Volke nach den entsetzlichen Leiden der letzten Jahre jedes Mittel. Der übermächtigen Gewalt weidend und ohne damit ihre Auflösung über die unerhörte Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen aufzunehmen, erklärt deshalb die Regierung der Deutschen Republik, daß sie bereit ist, die von den alliierten und assoziierten Regierungen angebotenen Bindungen anzunehmen und zu unterzeichnen.“ Hermann Müller, der diese Unterzeichnung im Spiegelbild von Versailles am 28. Juni 1919 neben Dr. Zell auf sich nahm und der diesen Vorgang in Schiffs Buch schildert, gibt mit einem andeutenden Hinweis auf eine Episode in umfassender Weise alle ausschlaggebenden Gründe für diese Unterzeichnung: „Wie sich daraus ergeben, daß bereits am Nachmittag, also noch vor Ablauf des Mittags, mit Mannheim die Vorhut eines französischen Bataillons über den Rhein gesetzt wurde, die erst auf Grund einer von mir sofort nach Versailles übermittelten Protestnote zurückgepfiffen wurde. Dieser Dorfcall zeigt, daß die Franzosen es besonders eilig hatten, gerade an der Ledarlinie zurückzuziehen, weil sie dort und am Main am meisten den Keil in die deutsche Reichseinheit zu treiben hofften.“ Das ist es, um was es sich bei dieser Unterzeichnung handelt: Die Einigkeit des Reiches mußte unter allen Umständen zu haben, ferngezeichnet die politische Einigkeit und den stillen Mut der Männer, die vor zehn Jahren Deutschland aus der Verdrängung erretteten. Robert Steuer.

„Kultur und Leben im Spiegel der Dichtung.“ Ein Lesebuch für Erwachsene zum Gebrauch in Beamten-, Berufs- und Fortbildungsschulen. Herausgegeben von Erwin Boehden, Heinrich Heidenreich und Robert Schlömer. Verlag G. Winters Buchhandlung, Bremen 1928. 660 S. Preis 8 M., bei Sammelbezug unter Gewährung von Ratenzahlungen.

Die Herausgeber, an Berufs- und politischen Fachschulen amtierende Lehrkräfte, haben in diesem Buch Dichtungen und Prosafragmente zusammengetragen, die von dem Verhältnis des einzelnen zur Gemeinschaft handeln. In 13 Abteilungen: Arbeit und Diensthaft, Erholung und Freizeit, Staat und Gemeinschaft, Arbeit und Frieden, Gesetz und Recht, Sitten und Sittlichkeit, Religion und Kirche, Frauenchicksal und Frauenschaffen, Deutsches Land und deutsches Art, Der Deutsche und das Ausland, Kunst und Künstler, Wissenschaft und Weltweisheit, fassen sie die Hauptgebiete der Kultur- und Gesellschaftskunde an Hand dichterischer Bezeugnisse

dem Leser nahezubringen — unmittelbar und eindringlicher, als die historische Darstellung dies vermog. Bei der Auswahl sind nachliegender- und berechtigtweise die Dichter der Gegenwart stärker berücksichtigt worden, denn das Buch wird in erster Linie ein Lesebuch für den werdenden Staatsbürger sein. Es ist vor allem bestimmt für den Gebrauch in Beamten-, Berufs- und Fortbildungsschulen. Die Wahl der Beispiele zeugt von einer außerordentlichen Feinsinnigkeit der Verfasser, die Tendenz zielt über alle parteipolitischen und berufspolitischen Gegenstände hinweg auf den Dienst an der Volksgemeinschaft ab. Eine große Zahl von Schwarzweißzeichnungen namhafter Künstler erhöht den Reiz des auch sonst sehr geschmackvoll ausgestatteten Werkes. Rau.

Liederbuch für Niedersachsen. Herausgegeben von Dr. F. Kolde- wey und A. Ahrens. Heiland-Verlag, Bordesholten.

Auf den nieder- und plattdeutschen Liedern aufbauend ist hier für ganz Norddeutschland, für Schula und Wandern und — hauptsächlich in reichem Maße benutzt — auch für das Haus eine Sammlung geschaffen worden, die das Schöne aus alten und neuen deutschen Liedern vereint. Erfreuliches Feldern für wiederkehrende wahre Gesangsarbeit ist die Zunahme der altheimischen Lieder, die weder leicht zu verstehen sind noch eine billige und platte Wirkung haben und von herber und schlichter Schönheit sind. E. K. i.

Staat und Klima. Von Prof. Dr. H. Zurchard Bd. 5 der Welt-politischen Bibliothek. Berlin 1928. Zentralverlag.

Zum erstenmal sind in diesem Buch alle Zusammenhänge und Einflüsse des Klimas auf den Staat zusammengefaßt. Einige Einwirkungen lagen ja auf der Hand und werden hier nur durch klare Diagramme noch einmal aufgezeigt: daß z. B. manche Kolonien europäischer Staaten ihren wichtigsten Zweck, nämlich den der Aufnahme der aus der Heimat drängenden Auswanderer, nicht erfüllen können, eben weil das Klima eine längeren Aufenthalt von Europäern verbietet. Bei aller Wichtigkeit dieser unmittelbaren Klimaeinflüsse legt der Verfasser das Hauptgewicht aber doch auf die mittelbaren Einflüsse des Klimas, auf Körper und Geist des Einzelnen und auch auf die gesamte Staatsmacht. Troßdem die Untersuchungen außerordentlich sorgfältig geführt worden sind, der Verfasser sich jeder nicht vollständig erwiesbaren Hypothese enthält, kommt er doch zu durchaus greifbaren Resultaten. Nach der Klärung dieses Buches wird man bei Untersuchungen über den Volksgesetz oder auch über die dem Volksgesetz am meisten entprechende Organisation der Staatsmacht unbedingt die Klimaverhältnisse als vollen- und staatsbildende Einflüsse mit berücksichtigen müssen.

Mittenwald und seine berühmte Geigenbauschule.

„Goldnes Land!“ — mit dieser Bezeichnung pries einst der Volksmund Mittenwald, das inmitten einer herrlichen Sandsteinfelsen liegt. Mittenwald an der Jar mit seiner Höhe über 900 m liegt unmittelbar am Fuß der Karmendelfelze und des Wettersteingebirges, umgeben von Kaut- und Ladelohwäldern und hat einen ausgesprochen hochalpinen Charakter.

Mittenwald ist der historische Ort des Geigenbaus. Er war Jahrelang der Stammsitz der Handel zwischen dem Tiroler und dem Saiver. Dort hatte man vielfach Geigenhelfer, die italienischen Geigen aus der Brescianer oder Cremonenser Schule kennenlernten. Ein Bauerhofs Mathias Klotz besaß, nach Panna zu gehen, um bei einem italienischen Meister die Kunst des Geigenbaus zu erlernen. Ganze 20 Jahre blieb er dort. Als er in seine Heimat zurückkehrte, stellte er sich zur Aufgabe, Geigenbauer auszubilden. Sein Gedanke fand lebhaften Widerhalt, um so mehr, weil die Einwohner aus Erwerbsquellen angewiesen waren: Mittenwald verlor allmählich seine Bedeutung als Handelsort. Das neue Handwerk blühte, und Geigenhelfer organisierten den Vertrieb. Im Jahre 1888, unter König Ludwig L, war die Sache so weit geblieben, daß man eine Geigenbauschule gründete, um für das heimische Kunstgewerbe planmäßig frische Kräfte auszubilden zu können.

Im Jahre 1912 wurde der Schule der Charakter einer selbstständigen Schule verliehen. Von nun an begann sie ihre Erzeugnisse frei abzusetzen. Seit 1923 steht an der Spitze der Schule der Direktor Leo Altkauer, der mit großer Liebe sein verantwortungsvolles Amt verwaltet.

Die Schule ist für etwa 30 Schüler eingerichtet. In diesem Semester besuchen sie 25 Schüler; sie sind aus verschiedenen Städten und Ländern. Musikalische Begabung, gelistete Interessen und Liebe zum Beruf sind die unbedingten Voraussetzungen für die Aufnahme. Um seine Instrumente beurteilen und verbessern zu können, muß der Geigenbauer sie zu spielen verstehen. Unterrichtet werden die Schüler in praktischer Arbeit, Feldern, Musik und in allgemein bildenden Fächern. Ingesamt ist jeder Schüler 4 Stunden in der Woche beschäftigt. Der Geigenbau in der Schule ist aufschließen-

lich auf Handarbeit eingestellt. Die verschiedensten Modelle werden verwendet. Eingehend wird Material- und Werkzeugkunde, Laubbereitung, Musikfl, Geschichte der Bogen-Instrumente gelehrt. Die Ausbildung ist also vielseitig. Das pädagogische Personal besteht aus acht Lehrern. Nach vierjähriger Lehre kann der Schüler seine Geigenprüfung ablegen. Geigenhelferfortbildungsturse ermöglichen den Geigenhelfern, sich in ihrem Berufe zu vervollkommen und die Meisterprüfung abzulegen. Der Geigenbauer muß stets an seiner Verbesserung arbeiten; denn Geigenbau ist eigentlich kein Handwerk im engeren Sinne des Wortes, sondern eine Kunst.

Alle Manipulationen der Herstellung des Instrumentes werden in der Schule ausgeführt. Nur Abformstämme kommen in Frage. Aber einen Abformstamm gibt es nicht. Man erzieht der bestmögliche „Urwald“, wo es vielerlei Hölzer gibt. Das beste Resonanzholz kommt von dort, wo der Boden arm ist. Auf einem eigenen Sägewerk werden die Stämme in Viertel zerlegt. Im Holzlager bleiben die Holzblöcke in Licht und Luft 10, 15, 20 Jahre und noch länger zum Trocknen, ehe sie zur Durcharbeit kommen, da feinsinnige Trocknung, wie sie in den Fabriken üblich ist, der Gefahr schadet.

Die Schule fertigt jetzt 1000 Instrumente im Jahre. Es wird nur Qualitätsarbeit hergestellt. Die Preise der Instrumente betragen von 86 M. an bis 200 M. Der Direktor der Schule beklagt sich mit gegenüber, wie langsam der Absatz sei. Es wird der Schule schwer, der Konkurrenz der Fabrikproduktion standhalten. Außerdem wird die Hausmusik heute nicht mehr gepflegt; sie wird durch Grammophon und Radio verdrängt. Die Schule möchte unter freiem Umstände die weltbekannte Mittenwalder Geige durch billige Massenherstellung mit der Maschine ersetzen. Der Leiter der Schule ist der festen Überzeugung, daß die Maschinengeige mit der Handarbeit sich gar nicht vergleichen läßt. Paul Oberg.



Geigenbauschule in Mittenwald

Die Generalversammlung der Vereinigten Krankenversicherungs-Gesellschaft (vormals Gedeon, Kosmos und Selbsthilfe) hat beschlossen, daß für die Policen, die nach dem Gewinnbeteiligungstari abgeschlossen sind und die im vergangenen Jahre die Gesellschaft nicht in Anspruch genommen haben — 50 v. H. der Jahresprämie zurückbewilligt werden. Ein Versicherungsnehmer, der eine Monatsprämie von 10 RMH — 120 RMH Jahresprämie gezahlt hat, bekommt demnach 60 RMH zurückbewilligt. Er hat also in Wirklichkeit nicht 10 RMH Monatsprämie, sondern nur 5 RMH bezahlt.

Bei über 10 Millionen Aktienkapital und Reserven und bei einem Mitgliederbestand von über 425 000 marschieren die Vereinigte Krankenversicherungs-Aktien-Gesellschaft in weitem Abstand an der Spitze aller Privatkrankenversicherungen.

Wir verweisen auf das Inserat in der nächsten Nummer.

Nur Zivil- und Staats-Einkommen und Leuten mit festem Einkommen

Heften wir seit 1884 direkt ab unserer Fabrik

Oberbetten, Unterbetten, Plumeaux und Kissen

streng direkt ab 1/2 Jahr Zeit, gegen monatliche Ratenzahlungen, erste Zahlung 1 Monat nach Lieferung in unseren streng festen Kassapreisen. Jedes Bett wird nach Wahl der Bettenden und Stoffe für jeden Kunden besonders angefertigt.

Keine Billig-, minderwert. Nachahmerbetten

1. Über 400 000 Kunden in über 18 000 Städten u. Orten Deutschlands
2. Mehr als 100 000 Kunden haben von 2. Male und oft nachbestellt
3. Viele Kunden schreiben, daß solche gute Betten am eigenen Platz zu diesen Preisen nicht zu kaufen sind.
Obige drei Angaben sind amtlich geprüft und notariell bestätigt!

Gebr. Passmann A.-G., Köln 149
Trierer Str. 13

Größtes Spezialhaus Deutschlands in nur Oberbetten, Unterbetten, Plumeaux und Kissen, v. Gebr. 1884. — Da wir wieder liebende noch Aussen haben, zahlen wir keine Provisionen usw. und Sie haben dadurch den Nutzen und außerdem Gewähr für strengste Verlässlichkeit. Bestellen Sie daher in Ihrem eigenen Interesse. Muster und Probenliste gratis. Auch Sie werden bestimmt unser Kunde.

Zentral-Berlag G. m. b. H., Berlin W 35

Zum 10. Veröffentlichungstag am 11. August 1929
Schriften von Wilhelmend West

Zehn Jahre Weimarer Verfassung.

Die Veröffentlichungen bei der Veröffentlichung der Reichsregierung. Herausgegeben v. d. Reichszentrale für Heimatdienst

In diesem Werk sind die Fäden gesammelt, die anlässlich der offiziellen Veröffentlichung der Reichsverfassung von 1919—1928 geflochten wurden. Was auch ist mehr als ein lebendig historisches Dokument. Es enthält und Pollitzer, Männer aus allen Berufen und der Verwaltung haben über Verfassung und Verfassungsgeschichte, über Sinn und Bedeutung des Staatsgrundgesetzes von Weimar Gedanken niedergelagt. Im Vordergrund und im politischen Weltanschauung sind verflochten, deren diese Gedanken reiche Werte, die ihre Bekämpfung über den Tag hinaus rechtfertigen für den sie gesprochen wurden.

Was aber diesen Fäden ein ganz besonderes Interesse verleiht, ist dies: wie die nach der Verfassung und politischer Richtung grundverschiedenen Männer (Weitz, Dammal, Anshelm, Barzes, Petersen, Volk, Kell, von Rathhoff, Kubowitsch) bei dem Teil freigelegter Einwirkungen zur Weimarer Verfassung trotz aller Meinungsverschiedenheiten — in der Debatte dieses Verfassungswerks.

Preis: broschiert RM. 3.—, in halbleinen RM. 3.50

Zum zehnten Veröffentlichungstag

Eine Materialsammlung

Herausgegeben von der Reichszentrale für Heimatdienst

Diese Schrift hat bereits im vergangenen Jahre in vielen Kreisen ihren Weg durch Deutschland genommen. Jetzt ist sie auf Grund zahlreicher Anforderungen in inhaltlich fast erneuertem Zustand erschienen. Sie dient vor allem dem Jünger, Schüler, Staats- und Vertriebenen, politischen und verfassungsmäßigen Organisationen Material zum weiteren Begreifen des Verfassungswesens in die Hand zu geben, welcher hinaus allgemeine Kenntnisse über Verfassungsgeschichte und Staatsstufentypen zu vermitteln. Im Fern von Hebetreten, in einer Zusammenfassung politischer und politischer Fäden des deutschen Volkes von 1813 bis 1929 zusammengefasst. In einem kurzen Abriß der Verfassungsgeschichte vom späten Mittelalter bis zur Gegenwart glaubt dieses für den praktischen Gebrauch bestimmten und preiswerten Werk ein brauchbares Material seinen Zweck am wirksamsten zu erfüllen.

Preis: broschiert RM. 1.—

Die Verfassung des Deutschen Reiches

m. d. Änderungen bis 1928 (Septatagsgabe) / Preis: i. RM. 0.60

Diese Ausgabe der „Verfassung“ bringt den gesamten Text in zuverlässiger Durchsicht mit den Veränderungen seit 1919. Die Drucklegung durch die Reichsverwaltung bietet ein überaus gutes, gutes Papier und einsehen, geliebten Einband.

Einführung in die deutsche Reichsverfassung

v. 11. August 1919 / Von Dr. Siegfried Berger / 40.—45.—

Die Reichsverfassung ist noch nicht im Volksempfinden verwurzelt, wie es die politischen heutigen Verhältnisse erfordern. Warum muß mehr als bisher die Kenntnis der Reichsverfassung verbreitet werden, und alle Deutschen haben die Pflicht, um die sachliche Kenntnis des Staatsgrundgesetzes bemüht zu sein. Diesem Bedürfnis in volkstümlicher Weise zu dienen, ist dieses Buchlein wohl geeignet.

(Ministerialrat für die preussische innere Verwaltung) Die Schrift behält seinen hohen wissenschaftlichen Wert. Ihre rasche Verbreitung ist ein wertvoller Beitrag zur Verfassungserkenntnis. (Hamburger Correspondent)

Preis: feil kartoniert RM. 2.50

Bom alten zum neuen Reich

Kurzer Abriß der deutschen Verfassungsgeschichte
Von Prof. Dr. H. Jörn

Im bewundernswert knapper Darstellung hat Jörn in einer seiner letzten Arbeiten einen Überblick über die deutsche Verfassungsgeschichte gegeben, den Anfängen des deutschen Reiches über den Westfälischen Frieden und den Wiener Kongress zum Staatsrecht und den Reichs der Weimarer Verfassung, an dem ihm das Wertvollste ist, daß es den Grundbegriffen der Staatsverfassung, die Schöpfung, den Staat des deutschen Volkes, erläutert und für alle Zukunft geklärt hat. Für den, der einen reichen Überblick über die deutsche Verfassungsgeschichte wünscht, ist Jörn ein lieber Führer. (Jahrbuch, Bd. II)

Preis: broschiert RM. 0.60

Schwarz-Rot-Gold in der deutschen Geschichte

Kulturhistorischer Beitrag zur Flaggenfrage (mit Abbildungen)
Von Ernst Jäger

Es ist bemerkenswert, daß ein Jäger noch unbekannter junger Historiker die Kulturhistorische Geschichte der Farben Schwarz-Rot-Gold eingehend hat. Jäger nennt seine Reihe, wissenschaftlich wohlunterrichtet und dabei gut populär geschriebene Abhandlung mit Recht einen kulturhistorischen Beitrag zur Flaggenfrage. Er ist ein wertvoller Beitrag, das zudem mit einer Reihe feinerer Bilder aus der deutschen Verfassungsgeschichte ist, in sehr viele Hände. (Rheinischer Anzeiger)

Preis: feil broschiert mit dreifarbig. Umschlag nur RM. 1.20

420000 Bezieher

22 000 die sich in Reich, Ländern, Gemeinden führend betätigen

10 000 Lehrer aller Gattungen

3 000 Auslandsdeutsche innerhalb Europas

2 000 Prominente aus dem politischen, wirtschaftlichen und geistigen Leben

dazu etwa **5 000** Amtsstuben, Konferenzzimmer, Lesesäle

Welt über

42000 Leser

mit bestem Einkommen, und daher genügend kaufkräftig, werden vom

Heimatdienst

regelmäßig erfährt

Bäder-, Reise-, Verkehrs- und Geschäftsanzeigen haben im Heimatdienst durchschlagenden Erfolg!

Es ist gewohnt, Größte Qualität bei Preis zu erhalten. AUBERTON 2 M. ANZAHL 6 - PREIS 750. Deutscher Sprechmaschinen-Controle AG. Berlin 114, Peterstraße 3.

Abessinierbrunnen

kann jeder selbst aufstellen. Manochellen u. Klappen usw. sämtliche Ersatzteile, für alle Pumpen passend, sofort lieferbar.

Illustrierte Preisliste gratis. A. Schepmann, Pumpenfabrik, Berlin N 300, Chausseestraße 88

Feine **Rhein-Weine**

zur direkt von Erich Müller, Wöhler u. Wenzelstein, Rheinhöhe, Rhein (Eifel), d. F. Walterist, Gersheim, (Stein).

Verlage 1/2 Preise 1/1

Wasser: Thüringer **Pflaumenmus**

gar. reine, zuckergerollte, feinste Qualität, 10 Pfund. Eimer M. 3.75 ab hier Nachh. Otto Ritter, Pflaumenfabrik, Schöden 1, Thür. 136.

"Diana" Draht-Matratzen

Bestellstellen, Polster, Preisliste umsonst. JOH. NIC. BEILER, Coburg 15

ADLER SCHREIBMASCHINE

ADLERWERKE von HEINRICH KLEYER & G. BERLIN S.W.41 BELLE ALLIANZ STR. & SONNENWEGE

Im Heimdienst
laufend inserieren, heißt:
großen Gewinn erzielen!

BRIEFMARKEN!

Auswahlhefte jeder Art mit sehr billigen Proben stehen ernsthaften Sammlern gern zur Verfügung. Bestellen Sie in meine Auswahlhefte. S. W. Hess, Frankfurt a. M., Goethestraße 2.

Bettücher

sterilste des angelegtesten Gewebe, starkfäd., 54" in L., 130 cm breit, 1/2 Dtl. M 16, — geknütt. 24. Nachschneiden. Viele Dankschreiben! Paul Harries, Wascheverdr., Bremen C. 25, Am Deich 52.

Die erste billige ungekürzte Volksausgabe der gesammelten Werke von

Fritz Skowronnek

Herausgegeben aus Anlaß des 70. Geburtstages des Dichters

Sämtliche **10 Romane** des beliebtesten Heimdichters liefern wir in Ganzleinen gebunden auf bestem holzfreiem Papier zum Gesamtpreis von **Mk. 37.50** zahlbar auch in Monatsraten von **Mk. 5.—** porto- und verpackungsfrei 10 Bände in Halb-leinwand mit Goldschmuck zum Preise von **Mk. 37.50** liefert wir gegen Monatsraten von **Mk. 6.—**

Inhaltsangabe

1. Der graue Stein. Ein Roman aus Masuren. 240 Seiten
2. Zertrümmerte Götzen. Ostpreussischer Zeitroman. 280 Seiten
3. Der Mann von Eisen. Roman aus ostpreussischen Schreckenstagen. 306 Seiten
4. Der Muckerpaff. Roman. 292 Seiten
5. Am Hofe des Barons. Ein lustiger Roman. 208 Seiten
6. Der Waghals. Roman. 218 Seiten
7. Pan Kaminsky. Roman. 243 Seiten
8. Der Polenflüchtling. Ein Roman aus dem Osten. 247 Seiten
9. Die süße Not. Roman. 220 Seiten
10. Rittergut Hohensalchow. Gutsroman. 243 Seiten

Jeder Band kann einzeln in Ganzleinen zum Preise von RM. 3.75, in Halb-leinwand RM. 5.75 bezogen werden. Der bisherige Anschaffungspreis der einzelnen Romane betrug etwa 51 Mk.

Kugeldose

rot, gemalte Ware, s. Abbildung 3 Kgl., — 9 Pf. 3.50 2 Kgl. 3.00 100 Kugeln 3.50 2 100 do. u. 1 Kgl. 3.50 2 K. Seibold, Norderf 107

Senden Sie mir Ihre Adresse, bis Mk. 25.— tägl. können sie verdienen durch Heimarbeit etc. H. Lergen, Mannheim. 309

Standuhr

neu aus Privathand zu günstig. Bedingungen billig zu verkaufen ev. Ratensahlg. In Werk nach Wunsch gefertigt. Interessenten wollen Mitte anfragen unter Z. E. 239 an die Annoncen-Expedit. Dr. W. Seitzland, Berlin SW 48.

Neu von A-Z

Der Große Brockhaus

Handbuch des Wissens in 20 Bänden

Das größte volkstümliche Nachschlagewerk der Gegenwart mit über 200 000 Stichwörtern auf etwa 15 000 Seiten, über 175 000 Abbildungen sowie 210 Karten u. Pläne.

Wollen Sie Ihr altes Lexikon in Zahlung geben?

Wollen Sie die durch das bandweise Erscheinen bedingten günstigen Ratensahlungen ausnützen?

Dann ist jetzt die richtige Zeit

Band I und II bisher erschienen

Näheres über die vorteilhaften Bezahlbedingungen bei Ihrem Buchhändler. — Reichhaltigere Broschüre „Der Große Brockhaus neu von A-Z“ für Interessenten kostenlos und unverbindlich.

F. A. BROCKHAUS / LEIPZIG

Deutsche Beamten-Buchhandlung

Anstalt des Deutschen Beamten-Wirtschaftsbundes

Bestellweise: Ich bestelle bei der Deutschen Beamtenbuchhandlung, Buchvertrieb des Beamten-Schriftenverlages G. m. b. H., Berlin SW 46, Friedrichstr. 240-41, Abt. H., Bergmannstr. 305/6, F. Skowronnek, Ges. Romane zum Preise von... gegen Monatsraten... der ganze Betrag — die erste Rate — folgt gleichzeitig — folgt auf Postcheckkonto der Deutschen Beamten-Zentralbank, Berlin 8287 — folgt an... (Erfüllungsort: Berlin-Mitte)

Name und Stand:
Ort und Datum:

Sonderangebot

Bouclé	Axminster	Velour
Teppiche	Teppiche	Teppiche
ca. 140x200 RM 31 - 175x250 - 49 - 200x300 - 65 - 250x350 - 100	ca. 140x200 RM 33 - 175x250 - 49 - 200x300 - 65 - 250x350 - 100	ca. 140x200 RM 36 - 175x250 - 54 - 200x300 - 80 - 250x350 - 121

Ullkorke, Granit, Jaspé, Moiré, Tisch- und Inlaid

LINEOLEUM

Stragula, Druck und Inlaid
Läufer, Vorlagen u. Teppiche

Kokos, Honcail, Brüst-,
Velour u. Tour-
ny-Auslegewar u.

TREPPENLÄUFER

Tischdecken von RM 7,- an
Dwandelen von - 17,- an

TEPPICH OGE

Geegründet 1899 Berlin-Potsdamer Str. 14 Nahe Potsd. Platz
Bei Barzahlung 7% Kasse-Rabatt auf Originalpreise,
ausgenommen Linoleum- und Marken-Artikel

Einen Photoapparat

auf Teilzahlung
Nur erstkl. Marken
erhalten Sie für nur



Verlangen Sie sofort
unsern Photo-
Spezial-Katalog

Abco G. M. H. K., Berlin SW 68, Kochstr. 73

Deutsche Einheit / Deutsche Freiheit

Bedenkbuch der Reichsregierung zum 10. Verfassungstag am 11. August 1929

Mit Geleitworten von Reichspräsident von Hindenburg und Reichskanzler Herr. Müller

Die Reichsregierung hat zu diesem Tag ein Bedenkbuch herausgegeben, das über den Weltzustand bis in die Zukunft hinein berichtet. Es stellt die Anschauung des Reiches in den großen Zusammenhängen der deutschen Geschichte, es läßt die Stimmen der Vergangenheit sprechen, einer weltumspannenden Chor deutschen Geistes und deutschen Wandens — in Gedanken und Taten des neunzehnten Jahrhunderts und unserer Gegenwart tritt uns das Wesen des politischen Lebens der deutschen Nation entgegen, in mannlicher Abklärung, wie es der Welt der deutschen Zukunft entspricht, eine Stimme von Geist und Willen, von Mahnung und Huerief — aus Dürer, Kober, Schiller, Goethe, Herder, Schopenhauer sind charakteristische Proben ausgewählt. Eine knappe Einteilung

gibt den einzelnen Gliedern die geschichtliche Stelle, die Räume Aufhellung über Verhältnisse, über Schicksale.
Es ist das Buch eine Mahnung durch die Quellengebiete der nationalen und freiheitlichen Idee, was das deutsche Gedächtnis (es in gleicher Lebenszeit und umfassender Welt) noch nicht bezeugt. Und die Weltgeschichte, die diesem großen geschichtlichen Gedächtnis aus der feher folgenden Welt der deutschen Gegenwart angefangen werden, nehmen das gegebene Thema auf; keine Tagespolitik, sondern die geistigen Grundlagen, denen sich das deutsche Volk heute gegenübergestellt sieht, werden behandelt; auch hier die Weltanschauung ist einem Grundriss zusammengestellt.

- Das Erfinden der Nation 1807—1815
A. G. Fichte, Heinrich von Heine, Freiherr von Stein, Hardenberg, Schopenhauer, Schelling, Wulff, Ernst Moritz Arndt, Görner.
- Erneuerung und Einbürgerung 1815—1840
Ludwig Uhland, Das Bücherverbot, Der Untertanens Pflicht, Veranlagungsverordnung, Engel, Goethe, Paul Uffner, Das Hundstocher Fest, G. von Stotter, Die Göttinger Eleven.
- Februar 1840—1848
Georg Herwegh, Hoffmann von Fallersleben, Friedrich Sch. Ferdinand Freiligrath, Der „vereinigete Landtag“, Die böhmischen Liberalen.
- Das Jahr der Deutschen 1848—1849
Die Heibelberger Versammlung, Die Deutsche, Die Männer der deutschen Nationalversammlung, Heine, von Gagern, Ludwig für Arndt, Ludwig Uhland, Friedrich Ludwig Jahn, Jacob Grimm, Karl Heine, Robert Hamer, Jacob Wendebach, Hermann v. Wedderburn, Paul Jagers, Gabriel Pfeffer, Im von Oberhaupt des Reiches, Das Ende, Karl Schwab.
- Die Wege zur Einheit 1850—1870
Friedrich „Limonopolis“, Ferdinand Lassalle, Der Deutsche Nationalverein, Heinrich von Treitschke, Die Idee der „Reine“, Heine, v. Retzlaff, Bismarck, Das Kaiserparlament.
- Im Kaiserreich 1871—1914
Der erste Deutsche Reichstag, Paul de Lagarde, Hermann Friedberg, Adolf, Der „Reinheits-Deutsche“, Engel, Bismarck nach der Ein-

- lassung, Max Weber, Schopenhauer, Rudolf von Sigmund, August Bebel, Hans Dethleff, Friedrich Naumann, Hillem.
- Wettling, Sturz und Rettung 1914—1919
Georg Hauptmann, Ludwig Brandt, Karl Bredner, Th. von Bethmann-Hollweg, Richard Döberlein, Cyprianus, Vorkommnisse aus dem November 1918, Der Februarfall an den Volkskammern, Hugo Preuß, Ernst von Rehdiger, Konrad Haumann, Theodor von Detmold, Walter Rathenau, Die Nationalversammlung, Hindenburg übernimmt die Reichspräsidentenwahl, Sturz und Abstieg
- Das Schicksal der deutschen Staatlichkeit v. A. O. Wrede, „Wesen und Entstehung der Bundesrechte in der Reichsverfassung von Weimar“ v. Konrad Heppel, „Der Deutsche Weg“ v. Stefan Stresemann, „Reichlichkeit und Staat“ v. Paul Scheffler, „Die Weimarer Verfassung als Summation deutschen Freiheitslebens“ v. Herbert Baumert, „Gedanken und Staat“ v. Heinrich Strödel, „Reich und Wehr“ v. Walter Reinhardt, „Der Verlust der Freiheit“ v. Werner Hecht, v. Rheinbaben, „Der Fall der Nationalen Selbstbehauptung“ v. Wilhelm Hecht, v. Gail, „Österreichs Recht und die Weimarer Nationalversammlung“ v. Paul Lbbe, „Österreich und Deutschland“ v. Michael Hainig, „Winn und Genug der Ausland-Deutschland“ v. Georg Scheibel, „Das Deutschland außerhalb der Deutschen Reiches“ v. Michael Hecht, 10 Jahre v. Abgeordneten Rudolf Brandt, „Die Weltanschauung der Deutschen“ v. Emil Heppel, „Heimat — Deutschland — Weir“ v. Walter von Meier, „Reich und Hindenburg“ v. Theodor Wehr-

Das Buch umfasst 220 Druckseiten, 25 Bildnisse führender Denker aus 100 Jahren deutscher Geschichte nach historischer Originalzeichnungen, 40 Einzelbildnisse auf Steinplatten mit etwa 100 Abbildungen nach Dokumenten, Gemälden, Ätzen usw. aus der Geschichte und Gegenwart des deutschen Volkes. Es ist ein Werk wissenschaftlicher, der hier erstellt wird aus den Schätzen des Reichsanwaltes werden wertvolle Stücke zum erkennen verzeichnet. Für den geschichtlichen und staatsrechtlichen Unterricht wird dieses Buchlein einem einseitigen Wert besitzen, darüber hinaus jedem Deutschen lebensdienliche Anregung geben, der dem Gang des geschichtlichen Wandens in der Lage verorten will.

Vorzugspreis: Die halbeinzelne Ausgabe kostet 4,20. Bei Vorausbestellung bis 30. Juli sind wir bereit für die Mitarbeiter und Vertrauensleute der „Reichszentrale für Heimatdienst“ einen Vorzugspreis von 3,00 RM. zu gewähren.

Hier abtrennen:

An die Reichszentrale für Heimatdienst, Berlin W 35

Bestellschein: Hiermit bestelle... ich Stück... Exemplare „Deutsche Einheit — Deutsche Freiheit“ zum
Vorzugspreis von 4,- RM, wog. Porto und Verpackung (0,50). Die Zusendung durch den Zentralstellenbereich, Abt. vom Zentralrat der G. m. b. H. Berlin W 35 soll mit 11 Reichsmark erfolgen — Zahlung auf Postfach 75 993 Berlin (Rechnungsart. G. m. b. H.) geht mit Bestellung ab. Lieferung nach Eingang der Bestellung vom 20. Juli ab.
Cott: Datum: Preis: Unterzeichnet:

Mitte
bestellen